

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement 3.00 Mk. monatlich 1.30 Mk.
wöchentlich 80 Pf. frei ins Haus
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit Multiplizierter Sonntags-
Beilage 'Die Neue Welt' 10 Pf.
Abonnement: 1.30 Mk. pro Monat
Weniger in die Post-Verwaltung
Freiwillig Unter Ausschluss für
Deutschland und Österreich. Ungarn
2.50 Mk. für das übrige Ausland
4 Mk. pro Monat. Postabonnements
nehmen an Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 11/11/11.

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 28. Juli 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Der Anzeigenpreis
Betragt f. die siebenstellige Kolonnen-
zeile 60 Pf. 'Kleine Anzeigen',
das festgedruckte Wort 20 Pf. (un-
abhängig 2 festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 10 Pf. Einrückgebühren
und Schließstellenanzeigen das erste
Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Letztendlich 20%.
Werbliche u. gewerbliche Anzeigen
betragen die siebenstellige Kolonnen-
zeile 40 Pf. Familienanzeigen 50 Pf.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags in der
Post-Expedition abgegeben werden.
Geöffnet v. 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Telegramm-Adresse:
'Sozialdemokrat Berlin'.

Der Vormarsch im Südosten bleibt in Fluss.

Fortschritte am Sereth bei Tarnopol und
Trembowla - Einnahme von Kolomea
- Französische Angriffe bei Alless,
Hurtebise und am Hochberg - Deutscher
Ueberfall bei Suippes.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 27. Juli
1917. (W. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Artillerieschlacht in Flandern ließ unter dem Einfluß
ungünstiger Sicht gestern vorübergehend nach. Abends steigerte
sie sich wieder zu äußerster Heftigkeit. Erneute gewaltsame Er-
kundungen der Engländer scheiterten überall in unserer Abwehr-
zone.

Im Artois lebte nachmittags die Feuerfähigkeit durchweg be-
trächtlich auf. Nachts wurden an der ganzen Front Vorstöße
feindlicher Aufklärungsabteilungen abgewiesen.

Bei Honnecourt, nördlich von St. Quentin, brachten württem-
bergische Stoßtruppen eine große Zahl von Engländern von einem
Eindbruch in die feindliche Stellung zurück.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Chemin-des-Dames südlich von Alless und beim Gehöft
Hurtebise, ebenso am Hochberg in der West-Champagne führten
die Franzosen verlustreiche, erfolglose Gegenangriffe. Gefangen-
zahl und Beute haben sich sehr vermehrt; im Abschnitt von Alless
stieg sie auf über 1450 Mann, 16 Maschinen- und 70 Schnellbe-
wegewehe.

Ostlich der Suippes fielen bei einem Ueberfall gegen feind-
liche Grabenpässe zahlreiche Franzosen gefangen in unsere Hand.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls
Prinz Leopold von Bayern.

Heeresgruppe des Generaloberst v. Boehm-
Ermolli.

In erbittertem Ringen, dem Seine Majestät der Kaiser auf
dem Schlachtfelde beizuwohnen, erweiterten unsere Divisionen bei
Tarnopol durch kraftvollen Angriff den schon kürzlich erstrittenen
Brückenkopf auf dem Ostufer des Sereth.

Weiter südlich wurde trotz hartnäckigen Widerstandes der
Russen, die ohne jede Rücksicht Tausende um Tausende in dichten
Haufen in unser vernichtendes Feuer trieben, der Guizena- und
Sereth-Übergang von Trembowla bis Stomorzoe erkämpft.

Weiderseits des Dnjestr sind wir im schnellen Vordringen.
Kolomea wurde von bayerischen und österreichisch-ungarischen
Truppen genommen.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Im Nordostteil der Waldkarpathen drängen unsere Armeekorps
dem gegen dem Bruch zurückgehenden Feinde nach.

In den Bergen östlich des Bedens von Rezdivaschely ent-
spannen sich gestern neue Kämpfe, wir überließen dem Gegner
das Tal von Soweja bis zum Oberlauf der Putna.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls
von Radenjen.

Die Gefechtsfähigkeit am unteren Sereth war geringer als
in den Vortagen.

Mazedonische Front.

Nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 27. Juli 1917, abends.

In Flandern dauert die Artillerieschlacht fort.

In Ostgalizien und den Waldkarpathen ist der Feind
im Weichen, unser Vormarsch in Fluss geblieben.

Der österreichische Bericht.

Wien, 27. Juli 1917. (W. L. S.) Amtlich - wird
verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls
von Radenjen.

Unverändert.

Heeresfront des Generaloberst Erzherzog
Joseph.

Bei den neuerlichen Kämpfen an der oberen Susita ge-
langten die Orte Soweja und Regriedei in Feindeshand. In den
Waldkarpathen ist die russische Front nun schon - vom

...

...

...

Tartarenpaß herüber - bis in die Gegend von Zirlibaba
ins Wanken gekommen. Kavallerieregimenter haben den Gegner
über den Caput zurückgeworfen. Die österreichisch-ungarischen
und deutschen Streitkräfte des Generalobersten von Koneff
dringen, dem Oberlauf der Gebirgsflüsse folgend, in nordöstlicher
Richtung vor.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls
Prinz Leopold von Bayern.

Die Angriffsbewegung der Heeresgruppe des Generalobersten
Böhm-Ermolli schreitet erfolgreich vorwärts. Teile der Armee
des Generalobersten Kretzel, das weigalitzische Infanterie-Regiment
Jung Starhemberg Nr. 13 und bayerische Truppen haben sich im
Laufe der Nacht in erbitterten Kämpfen mit russischen Nachhut-
ten der Stadt Kolomea bemächtigt. Am Nordufer des Dnjestr
näher sich die Verbündeten der Strypa-Mündung. Czort-
low und Trembowla sind in deutscher Hand. Nördlich von
Trembowla rafften sich die Russen vergeblich zu schärfsten Waffen-
stößen auf. Die Gegenangriffe brachen durchweg unter schweren
Verlusten zusammen. Ostlich von Tarnopol wurde der Feind
abermals weiter zurückgedrückt.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Weiderseits mehrfach erhöhte Geschütztätigkeit. Sonst keine
besonderen Kampfhandlungen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.
Der Chef des Generalstabes.

Der Moskauer Nationalkongress.

Die russische Diktatur-Regierung hält zu einer Sammlungs-
aktion aus, die offenbar den Zweck hat, den Stützen, die sie an der
Arbeiter- und Bauernorganisation hat, noch die bürgerliche Mit-
hilfe beizugewinnen, die bisher hinter den kadettischen Elementen
der Regierung stand. Die Petersburger Telegraphen-Agentur
meldet:

Die vorläufige Regierung hat nach Erörterung der
immer enger werdenden inneren Lage des Landes und in der Er-
kenntnis, daß das Wohl des Vaterlandes die entscheidendsten Ma-
nahmen erfordert, ihre schwere Aufgabe in vollkommener
Uebereinstimmung und Gemeinamkeit mit allen ehrenhaften
dem Lande ergebenen Kreisen zu erfüllen. Die Regierung hat in-
solgedessen beschlossen, demnächst eine Konferenz von Ver-
tretern der hauptsächlichsten sozialen Verbände
nach Moskau einzuberufen, um sie über die gegenwärtige Lage
des Landes und die in nächster Zeit zu lösenden Fragen zu unter-
richten.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet dazu: Es wird
berichtet, daß der große Nationalkongress der Vertreter der ver-
schiedenen öffentlichen und sozialen Organisationen und Einrich-
tungen unter Teilnahme aller Dumaabgeordneten,
dessen Einberufung nach Moskau gestern von der Regierung be-
schlossen worden ist, am 31. Juli in der großen Oper der alten
Hauptstadt stattfinden wird.

Heute nachmittags stellte sich der Ministerpräsident Kerenski
in der gemeinsamen Sitzung der Zentralausschüsse des Arbeiter-
und Soldatenrats und der Bauernvertreter ein und lud sie ein,
in diesem Kongress teilzunehmen. Kerenski hielt bei dieser Ge-
legenheit eine Rede. Er sagte: Die Schläge, die gegen uns an der
Front und im Hinterlande geführt wurden, sind so heftig, daß wir
alle unsere Kräfte sammeln müssen, um sie abzuwehren, uns zu
verteidigen und die mit so viel Mühe erungene Freiheit zu be-
wahren. Auf dem in Rede stehenden Kongress wird die Regierung
vor allem die Bitte an das Land richten, ihr bei dieser schweren
Aufgabe zu helfen und wird zu diesem Zweck in aller Offenheit
den Kongressmitgliedern die wahre Lage des Staates darlegen.

Die Durchbrechung der Front, fuhr der Minister fort, hat einen
fruchtbareren Boden für die Gegenrevolution geschaffen, aber die
Regierung ist fest entschlossen, die Anarchie mit aller Kraft zu be-
kämpfen und wird nicht dulden, daß das Land in die alte Regie-
rungsform zurückgeworfen wird. Kerenski schloß mit der Bitte an
den Vollziehungsausschuß, mit den Elementen zu brechen, deren
Tätigkeit dazu angeht, die Gegenrevolution anzustiften und
zu beleben.

Der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrats, Tschaidse,
antwortete, die Regierung könne sicher sein, in dem Ausblick einen
Halt und eine mächtige Stütze zu finden, um die Revolution und
Ruhland zu retten.

Der Kriegszustand mit Siam.

London, 26. Juli. Das Reutersche Bureau meldet aus
Bangkok, daß die Maschinen der dort liegenden deut-
schen und österreichisch-ungarischen Schiffe
durch Sprengung beschädigt sind.

Alle männlichen Unterthanen feindlicher Länder
wurden für die Dauer des Krieges interniert, die feind-
lichen Geschäftshäuser geschlossen.

Spiel mit der preussischen
Wahlreform.

Der Reichskanzler hat dieser Tage mit den Führern der
preussischen Landtagsfraktionen Besprechungen gehabt, über
deren Verlauf strengstes Stillschweigen beobachtet wird. Der
„Berliner Lokalanzeiger“, der aber auch über die vertraulich-
sten Verhandlungen zu berichten weiß, erzählt, daß der Reichs-
kanzler mit den Vertretern der beiden konservativen Frak-
tionen, der Nationalliberalen und des Zentrums über die
Frage der Parlamentarisierung gebrochen habe. Dabei habe er seine Neigung zu erkennen gegeben, preussische
Ministerstellen mit geeigneten und mit dem Vertrauen ihrer
Fraktionen ausgestatteten Parlamentariern zu besetzen. Die
Zielbewußte, aufrechte Haltung des Kanzlers, so ver-
sichert das Blatt weiter, habe auf alle Teilnehmer den besten
Eindruck gemacht.

Zugleich beschäftigt sich die „Kreuzzeitung“ mit der vor-
gestrigen Rede des Genossen Scheidemann in einer Weise, die
einen gewissen Einblick in das Spiel gewährt, das die Kon-
servativen mit dem königlichen Versprechen des gleichen
Wahlrechts zu treiben gewillt sind. Die „Kreuzzeitung“
greift aus dieser Rede den Satz heraus, die Sozialdemokratie
verlange eine preussische Staatsregierung im Sinne der
Wahlrechtsbotschaft vom 11. Juli und bemerkt dazu:

Der Sinn dieser Forderung ist klar, auch wenn sie die demo-
kratische Presse nicht schon im voraus erläutert hätte. Mit den
Ministern, die gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts in
Preußen gewesen sind, kann die neue Wahlrechtsvorlage nicht
durchgekämpft werden. Sie müssen deshalb befeitigt werden. Niemand
hat ja der „Tag“ gestern mitgeteilt, daß der Landwirtschafts-
minister Frhr. v. Schorlemer zurücktrat, weil er das gleiche
Wahlrecht für Preußen für ungeeignet halte. Aber wir haben
schon feinerzeit mitgeteilt, daß nicht alle Gegner des
gleichen Wahlrechts im preussischen Staatsministerium
den gleichen Standpunkt eingenommen haben, sondern ihre
Rücktrittsgesuche zum Teil nur für den Fall des
Verbleibens des Herrn v. Beskman im Amte eingereicht haben.
Sie waren also bereit, auf den Boden des Wahlrechtsverlasses zu
treten und trotz desselben ihr Amt weiterzuführen. Das erklärt Herr Scheidemann nun, indem er die gleiche Forde-
rung der demokratischen Presse aufnimmt, für unzulässig. Er
verlangt eine Staatsregierung, der er den nötigen Radikalismus
und Fanatismus bei Durchsetzung des gleichen Wahlrechts zu-
traut. Wird der Ministerpräsident sich dem beugen?

Der Fall liegt also ungeheuer einfach. Scheidemann ver-
langt eine preussische Regierung, der er den Willen zur Durch-
setzung des königlichen Wahlrechtsversprechens zutraut. Und
das Hauptorgan der Konservativen will eine solche Regierung
gerade nicht. Das geht schon daraus hervor, daß es den Willen
zur Durchführung der Wahlrechtsbotschaft verächtlich als „So-
zialismus und Fanatismus“ bezeichnet. Wer es mit der Er-
füllung eines königlichen Versprechens ernst nimmt, der ist
in den Augen der „Kreuzzeitung“ ein radikaler Fanatiker.

Solche radikale Fanatiker will die „Kreuzzeitung“ na-
turgemäß in der Regierung nicht haben. Sondern sie will
eine Regierung nicht nach dem Willen des Königs, sondern
nach dem Herzen ihrer eigenen wahlrechtsfeindlichen Partei.
Sie will eine Regierung, die nicht mit dem festen Entschluß
vor den Landtag tritt, die Wahlreform so rasch als möglich
durchzusetzen, sondern eine, die die Reform zunächst auf die
lange Bank schiebt, dann sie mit halbem oder viertel Herzen
einbringt und nach ihrer Ablehnung durch den Landtag in
dem Bewußtsein, ihre Pflicht erfüllt zu haben, mit einem
negativen Entschluß sich bescheidet.

Genau so war es nach der Thronrede von 1908. Damals
hatte der König von Preußen die Wahlreform als „eine der
wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ bezeichnet. Aber die
kammerliche Vorlage, die daraufhin im Landtag eingebracht
wurde, fiel. Als nun die Anhänger der Wahlreform wahr-
heitsgemäß erklärten, das königliche Versprechen sei nicht
eingelöst, antwortete die konservative Presse sehr entrüstet,
diese Einlösung sei tatsächlich erfolgt, denn eine Reformvor-
lage sei ja eingebracht worden, für ihr Scheitern aber sei der
König und seine Regierung nicht verantwortlich.

Die „Kreuzzeitung“ verrät vorzeitig, daß es diesmal
wieder genau so gemacht werden soll. Die Vorlage wird ein-
gebracht, und damit ist das königliche Versprechen erfüllt.
Kein Mensch hat ein Recht mehr, sich zu beschweren. Der
Landtag nimmt dann diese Vorlage und wirft sie der Regie-
rung ins Gesicht, oder er verändert sie bis zur Unkenntlich-
keit, etwa wie man Spiritus denaturiert oder Margarine
färbt - die Herren kennen ja die Methoden - und dann
heißt es für das preussische Volk hübsch stille sein und sich zu
bescheiden. Es ist alles in aller Ordnung zugegangen, die
Regierung hat das Versprechen des Königs eingelöst, der

Landtag hat von seinem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch gemacht, indem er die Vorlage ablehnte oder verstümmelte — und nun, nachdem der König diese innere Bataille verloren hat, ist wieder Ruhe die erste Bürgerpflicht.

So denkt sich die „Kreuzzeitung“, würde es auch diesmal wieder kommen. Aber wir können ihr garantieren, daß es diesmal nicht wieder so kommen wird. Denn wenn der Frieden wiederkehrt, dann kehren auch Millionen Männer heim, viele mit dem Eiserernen Kreuz an der Brust, viele auf Krücken und mit einem Arm als Zeichen dafür, was sie für das Land geopfert haben. Und diese Männer werden dann vor den König von Preußen treten und ihn fragen, was aus seinem Versprechen werden soll. Und das werden keine scheu geduckten Untertanen sein, sondern Männer, die in der Hölle von hundert Schlachten ihren Mut erprobt, ihr Selbstbewußtsein gestählt haben. Sie werden nach dem Rechten sehen und, wenn es dann noch notwendig sein sollte, dafür sorgen, daß es diesmal nicht wieder so kommt, wie es schon manchmal gekommen ist.

Dier wirkt ein eiserner Schraubstock der Entwicklung! Und wie sie sich auch drehen und wenden, die preussischen Konservativen können sich seinem Gewinde nicht mehr entziehen. Werden wir aber in Preußen eine Autorität haben, die ihnen die Notwendigkeit, die sich aus der Lage der Dinge von selbst ergibt, begreiflich macht? Dann, aber auch nur dann werden wir die Bewißheit haben, daß sich das, was ohnehin kommen muß, ohne gefährliche Reibungen und Störungen vollziehen wird.

Auf die Masse der Bevölkerung muß die Offenheit der „Kreuzzeitung“ beunruhigend wirken. Das konservative Blatt scheint es sich so überhaupt zu seiner Hauptaufgabe gemacht zu haben, die beruhigenden Wirkungen, die die leitenden Stellen von ihren Äußerungen erwarten, nach allen Regeln der Kunst zu sabotieren. Es hat die Erklärung des Reichskanzlers zum Friedensprogramm des Reichstags wie ein Ei ausgeblasen und dann triumphierend erklärt: „Seht, es ist leer!“ Mit derselben Fingerfertigkeit beginnt es jetzt auch die Wahlrechtsbotschaft des Königs zu behandeln.

Welches Unheil damit angerichtet wird, läßt sich gar nicht übersehen. Wir haben die Wahlrechtsbotschaft vom 11. Juli begrüßt und in ihr ein Mittel gesehen, im deutschen Volk die Zuversicht zu stärken, deren es in dieser furchtbar schweren Zeit mehr denn je bedarf. Stimmen, wie die der „Kreuzzeitung“, drücken diese Zuversicht herab und töten das Vertrauen, wo es zu seinen beginnt.

Trotzdem kann man es begrüßen, wenn Klarheit geschaffen wird, nur muß diese Klarheit vollständig sein. Daß die konservativen Stützen der Krone alles tun werden, um die Erfüllung des königlichen Versprechens zu verhindern, wissen wir. Daß die königlich preussische Regierung alles, aber auch alles tun wird, um dem Volk sein Recht werden zu lassen und zugleich die Autorität der Krone vor der schwersten Erschütterung durch die Zunftdiktatur zu schützen, das wissen wir bisher noch nicht.

Danach ermesse man, ob die Forderung des Genossen Scheidemann nach einer Regierung im Sinne der Wahlrechtsbotschaft wirklich nur, wie die „Kreuzzeitung“ schreibt, aus dem Verlangen der Demokratie nach Weiterentwicklung geboren ist, oder ob es sich hier nicht um eine Lebensnotwendigkeit des preussischen Staats und des Deutschen Reiches selbst handelt. Wenn sich Herr Michaelis mit Mitarbeitern umgeben will, die das Vertrauen der preussischen Landtagsfraktionen genießen, so ist damit gar nichts gewonnen. Er müßte sich vielmehr seine Mitarbeiter unter den geeigneten Persönlichkeiten suchen, zu denen das Volk das Vertrauen hat, daß sie ihm das versprochene gleiche Recht bringen werden, und wäre es mit Ketten an den Himmel geschossen!

Oder, wäre es etwa ein Gewinn für die „Staatsautorität“, wenn sich herausstellte, daß die Regierung, um die Erfüllung eines königlichen Versprechens zu erwirken, einer noch maligen Nachhilfe von unten bedarf?

Ein Vorstoß der englischen Friedenspartei.

Der Kriegswillen der Mehrheit.

Im Unterhause hatten Ramsay MacDonald von der Unabhängigen Arbeiterpartei und der frühere radikale Minister Trevelyan folgenden Antrag eingebracht:

„Die jüngste Friedensentschließung des Deutschen Reichstags bringt Grundsätze zum Ausdruck, für die unser Land eintritt. Das Haus verlangt von der Regierung, daß sie gemeinsam mit den Alliierten ihre Friedensbedingungen von neuem feststellt.“

Am Donnerstag wurde dieser Antrag bei schlechter Beleuchtung des Hauses verhandelt, worüber Reuter folgendes berichtet:

Asquith erklärte, seiner Meinung nach legten MacDonald und Trevelyan der Entscheidung des deutschen Reichstages mehr Wichtigkeit bei als sie verdiene. Das höchste Interesse der Menschheit zielt auf den Frieden, aber unter einer alles beherrschenden Bedingung, nämlich der, daß es ein Frieden ist, der nicht den Zweck zunichte macht, für den die großen Nationen in den Krieg eingetreten sind, und für den sie sich schon fertig gemacht haben, und daß die maßlosen Leiden und Verluste, die uns in gleicher Weise betroffen haben, nicht umsonst gewesen seien. Ich bin erfreut, daß zeitig im Herbst auf Einladung Rußlands eine Konferenz abgehalten werden wird. Nur Gutes kann aus ihr entspringen. Eine neue Erklärung über unsere Kriegsziele wird gut sein, weil seit Beginn des laufenden Jahres zwei neue Tatsachen aufgetaucht sind, erstens, daß Rußland für alle Zeiten ausgehört hat, eine autokratische Macht zu sein, und zweitens, daß die Vereinigten Staaten mit all ihren moralischen und materiellen Hilfsquellen auf den Plan getreten sind. Diese beiden Tatsachen haben auf die Meinung der Welt über die Aufrichtigkeit unserer Ziele eine direkt praktische Wirkung, und sie bedeuten, daß die alliierten Mächte aus einer überwältigenden Mehrheit der freien Völker der Welt bestehen. Bei jeder Neugestaltung der Landkarte muß der leitende Grundsatz auf den Interessen und Wünschen der durch die Aenderung betroffenen Bevölkerung beruhen. Ist Deutschland bereit, nicht nur Belgien zu räumen, sondern auch das gewaltige Unrecht und den Schaden voll wieder gut zu machen, von dem seine verwüstete Befestigung des Landes und die Verflourung eines großen Teils der Bevölkerung begleitet war? Ist Deutschland bereit, Belgien nicht nur einen Schein von Freiheit zurückzugeben, sondern vollständige, unbeschränkte und unbedingte Unabhängigkeit? (Beifall.) Ich möchte Deutschlands Antwort auf diese Frage hören. Ich kann in der ungenauen, unbestimmten Formel des Reichstags keine Antwort finden. Ich möchte nicht sagen, daß der Friede unmöglich ist,

aber aus dem, was kürzlich in Berlin vorgegangen ist, kann ich keine wirkliche Annäherung wesentlicher Art an die Ziele und Zwecke der Alliierten erkennen.

Wardle, der Vorsitzende der Arbeiterpartei, erklärte seine Übereinstimmung mit Asquiths Worten, wobei er sagte: Im ganzen Lande herrscht ein wirklicher Wunsch nach Frieden, aber dieser Wunsch stützt sich nicht auf die Entschließung des Reichstags, sondern auf die Erreichung der Ziele, für die wir in den Krieg eingetreten sind. Die Entschließung, welche die französische Kammer im vergangenen Monat angenommen hat, gibt eine endgültige und klare Antwort auf die Entschließung des Reichstags, und wenn das deutsche Volk in Wirklichkeit den Frieden wünscht, wie vorgegeben wird, dann kann es ihn haben, wenn es seiner Regierung das auferlegt, was die französische Kammer verlangt hat. (1) Wir haben kein Recht, den Ursprung des Krieges zu vergessen. Ich sehe denselben Wunsch und dieselbe Achtung für die moralischen Fragen und kein Zeichen der Reue auf Seiten der deutschen sozialistischen Mehrheit, noch einen Wunsch, zu einer solchen Verständigung zu gelangen, wie sie die Befürworter der Entschließung angeregt haben. Die Arbeiter des Landes sind unbeeindruckt zum Siege entschlossen.

Bonar Law erklärte, die Antragsteller lebten nicht in der Welt der Wirklichkeit und hätten kein Verständnis für die wirkliche Lage, die in der Welt ausgelämpft werde. Es ist ein Krieg, fuhr der Redner fort, der entschieden soll, ob moralische Stärke oder Schlichtheit die Welt beherrschen soll; wenn der deutsche Militarismus triumphiert, werden die Mittelmächte das alte System in der Welt wiederherstellen. Wir kämpfen ebenso, wie die Russen selbst, für deren Freiheit, und ich zweifle nicht an dem Anteil, den Rußland an diesem Kriege nehmen wird. Bonar Law bemerkte sodann, daß die Entschließung MacDonalds zwar vorgebe, die Reichstagsentschließung wiederzugeben, jedoch die auf die Freiheit der Meere bezügliche Stelle gar nicht erwähne. Was sei mit der Freiheit der Meere gemeint? Was nütze es, die Entschließung einer Körperschaft, die nicht die geringste Macht habe, zur Grundlage für irgend etwas zu nehmen! Was in Rußland vorging, daß die Lage sehr verändere. Die Lage war gefährlich, aber es soll kein Irrtum darüber bestehen, daß die Hilfsquellen Großbritanniens und seiner Alliierten ausreichen, um es ganz sicher zu machen, daß wir, wenn wir nicht den Mut verlieren, die Ergebnisse erreichen werden, für die wir in den Krieg eingetreten sind. Wir kämpfen, um Wiederherstellung zu erlangen, soweit für die grausamen und unverdienten Missetaten, welche die Deutschen am belgischen Hofe (?) begingen, noch Wiederherstellung möglich ist. Es ist das Gleiche mit Nordfrankreich. Bonar Law forderte die Vagabunden auf zu sagen, ob ihre Formel „Keine Entschädigung“ bedeute, daß man von Frankreich verlangen solle, einen Frieden anzunehmen ohne Ersatz für das unerträgliche Unrecht, das ihm so lange Zeit auferlegt worden sei, und ob „keine Annexionen“ bedeute, daß das mit Gewalt Frankreich entzogene Elsaß-Lothringen auch weiterhin mit Gewalt als ein Teil des Deutschen Reiches gehalten werden solle. Gabe es einen Friedensvorschlag im Reichstag gegeben, solange der Krieg zu Gunsten Deutschlands verlaufen zu sein scheint? Dies sei erst geschehen, als es zutage getreten sei, daß Deutschland geschlagen werden würde. Der einzige Weg, ein wirkliches Friedensgefühl mit Deutschland zu schaffen, sei der, ihm zu zeigen, daß man weiter kämpfen werde, bis das Ziel, die Vernichtung des deutschen Militarismus, erreicht sei. Im Falle eines zusammengefallenen Friedens, der die deutsche Militärmaschine ungebroschen und in den Händen derselben Leute lassen würde, hätten wir dann irgendwie das Ziel erreicht, daß dieselbe Gefahr, welche unsere Generation vernichtete, nicht auch unsere Kinder vernichten könnte? Zwischen der deutschen Regierung und dem deutschen Volke besteht ein großer Unterschied, aber beide, die deutsche Regierung und das deutsche Volk sind dazu gekommen, den Krieg als einen erfolgreichen zu betrachten und als eins der schnellsten Mittel über das Wachstum und die Größe ihres Volkes. Wir werden auch in Zukunft keinen Frieden haben, wenn das deutsche Volk nicht überzeugt wird, daß der Krieg sich nicht bezahlt macht, und daß seine Größe und seine Entwicklung auf anderem Wege gefunden werden muß, als dadurch, daß die Welt in einen Krieg gestürzt wird. In einem Kriege, wie diesem, müssen sich die Ziele ändern, aber unsere Ziele sind in der Hauptsache heute dieselben, wie damals als Asquith seine Rede in der Guildhall hielt.

Die Entschließung MacDonalds wurde daraufhin mit 148 gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Zurück hinter den Rhein?

Im Unterhause fragte King, ob Carson kürzlich in Dublin erklärt habe, daß irgend welchen Verhandlungen mit Deutschland die Zurückziehung der deutschen Truppen über den Rhein vorausgehen müsse, und ob die Rede Carsons den politischen Standpunkt der Alliierten in dieser Frage wiedergebe.

Bonar Law erwiderte, Carson habe in der Tat erklärt, wenn Deutschland Frieden wünsche, müsse es sich vor allem bereit erklären, die besetzten Gebiete zu räumen. Diese Erklärung werde von der englischen Regierung vollkommen gebilligt. (Beifall.)

King fragte darauf: Wissen Bonar Law und Carson nicht, daß die beiden Rheinufer Deutschland auf eine beträchtliche Strecke gehören, und daß Deutschland, wenn es sie besetzt hält, keineswegs feindliches Gebiet in Besitz nimmt?

Bonar Law erwiderte: Sowohl Carson wie ich wissen dies.

In der Mitte zwischen der unbedingten ehrlichen Friedensliebe MacDonalds und dem unbedingten Kriegswillen des konservativen Ministers Bonar Law steht der bedingte Kriegswille des früheren liberalen Ministerpräsidenten Asquith. Dieser wäre, wie es scheint, zum Frieden bereit, wenn Deutschland die Unabhängigkeit Belgiens herstellt, und über die belgische Entschädigungsfrage ließe er wahrscheinlich mit sich reden.

Bonar Law aber, Mitglied der gegenwärtigen Regierung Lloyd Georges, redet wie bei uns Dietrich Schäfer oder der Vorsitzende der Alldeutschen, Rechtsanwalt Glag. Mit einer Regierung, die vom Geiste der Bonar Law und Carson beherrscht wird, wäre kein anderer Frieden möglich, als ein Friedensschmachlichster Unterwerfung.

Der Vorsitzende der Arbeiterpartei, Wardle, beruft sich zwar auf Asquith, spricht aber wie Bonar Law. Er verlangt vom deutschen Volk, es solle seine Regierung zur Annahme von Friedensbedingungen zwingen, die ihr ein erobertes Lustiger Feind auferlegen will. Diesen Zwang auszuüben, muß das deutsche Volk aber schon den Armeen der Alliierten überlassen, und es wird sich gegen ihn weiter zur Wehr setzen wie bisher. Wenn Wardle weiter meint, er bemerke bei den deutschen Mehrheitssozialisten „keine Reue“ (merkt er sie bei den Minderheitssozialisten?), so ist darauf zu erwidern: Reue zu empfinden hätten die deutschen Arbeiter

erst dann Grund, wenn sie ihr Land im Kampfe gegen eine zehnfache Uebermacht im Stich gelassen hätten. Das haben sie nicht getan, und das werden sie nicht tun!

Das Ergebnis der Pariser Konferenz.

Paris, 26. Juli. (Melbung der Agence Havas.) Die zur Prüfung der Lage auf dem Balkan zusammengesetzte Konferenz hat heute ihre letzte Sitzung abgehalten, zu der die Vertreter aller alliierten Länder berufen worden waren. Sie hat einstimmig die in den vorhergehenden Sitzungen beschlossenen Entschlüsse angenommen. Eine Vereinbarung der in Betracht kommenden Ressortminister wird in London stattfinden, um die Maßnahmen zur Ausführung festzusetzen.

Vor ihrem Auseinandergehen haben die Mitglieder der Konferenz Wert darauf gelegt, einstimmig die folgende Erklärung abzugeben:

Die enger denn je zur Verteidigung des Völkerrechtes, besonders auf der Balkanhalbinsel, vereinigten, alliierten Mächte sind entschlossen, die Waffen erst niederzulegen, wenn sie das Ziel erreicht haben, daß in ihren Augen alle andere beherrscht, nämlich die Wiederkehr eines verbrecherischen Angriffes unmöglich zu machen, wie derjenige, für den der Imperialismus der Mittelmächte die Verantwortung trägt.

Die Antwort Oesterreichs an England.

Lord Robert Cecil hat dieser Tage im englischen Unterhause Deutschland als Hauptfeind Englands erklärt, Oesterreich-Ungarn aber recht glimpflich behandelt. Das „Wiener Fremdenblatt“ stellt jetzt mit Befriedigung fest, daß die Rede Cecilis frei von jeder Art aggressiver Animosität gewesen sei und sich darauf beschränke, den Standpunkt Großbritanniens nüchtern und sachgemäß darzulegen. Wenn die englischen Staatsmänner den Weg zu einem ehrenvollen Frieden über Wien als gangbar erachten, so glaube das „Fremdenblatt“, einem solchen Willen kein scharfes Nein entgegenzusetzen zu sollen.

Das „Fremdenblatt“, das offiziöse Organ der österreichischen Regierung lehnt aber mit Bestimmtheit jedes Abtrüden von dem Bündnisse mit Deutschland ab: Cecil weiß genau, daß die Rückgabe Elsaß-Lothringens nur von einem vollständig besiegten Deutschland erzwungen werden könnte, und daß unsere Monarchie bis zum letzten Atemzuge an der Seite ihrer treuen Verbündeten kämpfen wird.

Die österreichische Regierung hat nach dem „Fremdenblatt“ durch Aufstellung ihres allgemeinen Friedensgrundgesetzes auch hinlänglich ihren

Standpunkt in der Gestaltung Serbiens nach dem Kriege

hargelegt. In keinem Falle dürfe aber Serbien ein Herz der Agitation gegen die Monarchie sein. Da sich die österreichische Regierung zu einem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen bereit erklärt hat, so darf darauf gefolgert werden, daß sie — in Übereinstimmung mit ihren Erklärungen nach Absendung des Ultimatus — auch

keine Verletzung der territorialen Integrität Serbiens

beabsichtigt.

In Bezug auf die „sogenannte“ südslawische Frage behauptet das „Fremdenblatt“, daß die österreichischen Südslawen keine Hindernisse zu ihrer freien kulturellen Entwicklung gefunden haben. Die Lösung dieses Problems sei eine ausschließlich österreichisch-ungarische Angelegenheit, die keinen Bestand angehe und nicht Gegenstand internationaler Diskussionen sein könne.

In diesem Punkte stehen die Meinungen scharf gegenüber: die österreichische Regierung, die eine Einmischung des Auslandes in die „sogenannte“ südslawische Frage unter Berufung auf ihre Souveränitätsrechte nicht dulden will, und das feindliche Ausland, das das südslawische Problem schon deswegen als international erklärt, weil die kolossalste internationale Auseinandersetzung, der Krieg, von ihm seinen Ausgang genommen hat.

Die österreichische Regierung wird ihren Standpunkt mit Erfolg aufrechterhalten können, wenn sie den Südslawen in Oesterreich wie in Ungarn sofort die umfassendste Möglichkeit zu freier kultureller und nationaler Entwicklung schafft, wozu die erste Voraussetzung ist, daß die Bedeutung der historischen Grenzen sehr gemindert wird, welche heute die national im wesentlichen einheitlichen Südslawen in vier Verwaltungsgebiete scheiden: in das österreichische, ungarische, kroatisch-slawische und bosnisch-herzegowinische. Die südslawische Frage wird nicht nur „so genannt“, wie das „Fremdenblatt“ schreibt, sondern sie besteht, und ihre erfolgreiche und sofortige Lösung ist der beste Schutz gegen eine Einmischung des Auslandes in die innerösterreichischen Angelegenheiten, die niemand wünschen kann, weil er den Keim neuer Verwicklungen in sich trägt. Das „Fremdenblatt“ schließt mit der Versicherung:

„Wir streben aufrichtig und ohne Hinterhalt einen ehrenvollen Frieden an, aber einen Frieden, der, ohne den Gegner zu vergewaltigen, und auf einer Front mit unseren Verbündeten zeigt, einen Frieden, der und vor neuen verbrecherischen Anschlägen schützt, einen Frieden, der uns als Herren im eigenen Hause beläßt.“

Diktatur-Maßnahmen.

Wiedereinführung der Todesstrafe an der russischen Front.

Petersburg, 26. Juli. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nachdem die Oberbefehlshaber an der Front und die Armeeführer in ihren Berichten darauf bestanden hatten, daß zur Wiederherstellung der Manneszucht an der Front unumgänglich die Einführung der Todesstrafe an der Front notwendig sei, ist diese eingeführt worden. Diese Maßnahme ist eine zeitweilige und dauert bis zur Beendigung der militärischen Operationen. Außer der Wiedereinführung der Todesstrafe verfügte die vorläufige Regierung auch die Schaffung von revolutionären Kriegsgewichten an der ganzen Front, die aus drei Offizieren und drei Soldaten bestehen sollen.

Auch diese Verfügungen sind ein Zeichen, daß der Widerstand gegen die Fortführung des Krieges bis zur Zerrüttung aller Kampfdisziplin geblieben ist. Was die Regierung ankündigt, macht sie wahr: durch Anwendung der äußersten Gewaltmittel meint sie das Meer wieder brauchbar machen zu können.

Petersburg, 25. Juli. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) In Abänderung des Erlasses vom 10. Mai über die Presse hat die einstweilige Regierung den Kriegsminister und den Vertreter des Ministeriums des Innern ermächtigt, periodische Druckschriften, die zur Insubordination gegen militärische Vorgesetzte, zur Verletzung der militärischen Pflicht und zu Gewalttaten auffordern, zu unterdrücken und die verantwortlichen Schriftleiter vor Gericht zu ziehen.

Die Verwirrung in Rußland.

Wie tritt die Lage Rußlands ist, bezeugen wiederum zwei englische Rußlandreisende der letzten Wochen. Der Fabier J. West bezeichnet in „Daily Chronicle“ als den Schlüssel zur Gesamtlage den drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch. Die Hauptursache der Schwierigkeiten Rußlands sei wirtschaftlichen und finanziellen und nicht politischen Charakters. Die politischen Schwierigkeiten seien in sehr hohem Grade nur eine Rückwirkung der wirtschaftlichen Zustände. Vares Geld ist nicht mehr im Umlauf. Da in Rußland das Bankwesen unentwickelt ist, und Mißtrauen gegen die Banken herrscht, so würde die unbeschränkte Ausgabe von Papiergeld sehr leicht zum Staatsbankrott führen. Die Anzahl der Lokomotiven, die reparaturbedürftig sind, bildet eine fünfstellige Ziffer, aber die Zahl der Lokomotiven, die wirklich repariert werden, ist mikroskopisch klein. Eine große Zahl von Lebensbedürfnissen wird überhaupt nicht mehr hergestellt. All dies beweist die wirtschaftliche Desorganisation in Rußland, im Vergleich zu der die politischen Schwierigkeiten unbedeutend sind.

Aber diese politischen Räte spotten, wie die Welt weiß, jeder Beschreibung. Minister Henderson, der sechs Wochen lang in Rußland war, sagte nach einer Londoner Meldung der norwegischen Zeitung „Tidens Tegn“: Die Schwierigkeiten der vorläufigen Regierung seien ungeheuer. Die radikalen Sozialisten beherrschten die Lage und demoralisierten Heer und Flotte. Sie behaupteten, daß die Offensive nur den russischen, amerikanischen, französischen und englischen Kapitalisten nützen würde. Er bezweifelte, daß das russische Heer mit größerer Kraft kämpfen werde, ehe die alliierten Regierungen die Kriegsziele festgestellt hätten und die Stockholmer Konferenz gesichert sei.

Soll das heißen, daß Henderson glaubt oder hofft, die Stockholmer Konferenz lasse sich ausnutzen, um die zerschmetterte Kriegskraft Rußlands aus dem Scheiternzustand wieder in ein heißes Ganges zurückzuverwandeln? Rag er das Experiment versuchen. Inzwischen werden die galizischen Vorgänge seiner Rechnung in einem wichtigen Punkte bezeichnend nachgeholfen haben.

Die Spartakusse gegen Stockholm.

Stockholm, 27. Juli. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“). „Politik“ veröffentlicht einen langen Aufsatz, gezeichnet von den Parteileitungen der Volkshewiki, der Sozialdemokratie Polens und Litauens, der bulgarischen engstirnigen Partei, der schwedischen Linken und der Jungsozialisten über die Stockholmer Konferenz und die revolutionäre Internationale Sozialen. Darin wird festgestellt, daß die Entente annexionistische Pläne hegt; Deutschland und der Donaumonarchie wird vorgeworfen, daß sie nicht klar auf alle Annexionen verzichtet haben. Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Streiks und die Unruhen in allen Ländern den Kampf der Volksmassen gegen den Krieg bedeuten. Die erneute Kreditbewilligung der deutschen Sozialdemokraten wird scharf angegriffen, ebenso heftig aber die sogenannten Sozialpatrioten aller Länder. Die Regierungsagenten Scheidemann und Adler und die Sozialpatrioten Troelstra und Stauning streben mit ihrer Konferenz einen Schacherfrieden an ohne Völkerbefreiung. Mit diesen Leuten, die mit ihren Regierungen so verbunden sind, könnten sich die oppositionellen Widerheiten nicht zu einer Konferenz zusammenfinden. Eine solche Konferenz wäre eine lediglich nicht offizielle Diplomatenkonferenz, deren Gefangene die teilnehmenden wirklichen Sozialisten sein würden. Darum werden letztere aufgefordert, den Arbeitern den sozialpatriotischen Konferenzcharakter darzulegen, diejenigen Parteileitungen zu desabouieren, die trotz ihrer Zugehörigkeit zu Zimmerwald an dem Schacherfrieden mitwirken wollen und Delegierte zu einer wahrhaft sozialistischen Konferenz für den Friedenskampf zu senden, dafür Forderungen zu fordern und im Falle, daß diese verweigert werden, an die Öffentlichkeit zu appellieren.

Wieder einmal raffen also die Spartakusse sich zu dem Bekannnis auf, daß die Stockholmer Friedensaktion ihnen in der Seele zuwider ist. Sie sagen nichts neues; nur die Anstrengung ihrer Worte ist diesmal erheblicher noch als sonst. Nimmt man die Sache, um die es sich in Stockholm handelt, in ihrem ganzen furchtbaren Ernste, so erscheint die „wahrhaft sozialistische Konferenz“, die von den Spartakussen berufen wird, als ein wahrhaft fables Spiel.

Die zerbrochene slawische Einigkeit.

Wie gemeldet, hatten die tschechischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat mit ihrem Nationalausschuß eine gemeinsame Sitzung in Prag über die Befriedung der Verständigungskonferenzen und des Verfassungsausschusses. Dazu waren auch Ukrainer und Slowenen eingeladen. Die Vertreter der Slowenen, Korofej und Krel, wurden aber von dem Organ der national-intransigenten Agrarier mit einem wüsten Kiffel begrüßt, der die beiden Herren veranlaßte, sofort wieder dem ungestlichen Prag den Rücken zu kehren. Die tschechischen Chauvinisten werden ihre Abgeordneten im Parlament noch glänzend isolieren, wenn die Gemäßigten und doch wahrhaft Radikalen nicht herzhaft mit dem Vorgehenden brechen. Eine Verbannung der Tschechen in den Schmolwinkeln ist aber auch kein deutsches Hochziel, wenn auch die deutschradikalen Chauvinisten dadurch eine Zeitlang mehr Bewegungsfreiheit bekämen. Das Ziel einer weitestgehenden deutschen Politik ist die Befreiung der im nationalen Streit gebundenen Kräfte für staatliche und soziale Zukunftsaufgaben.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 27. Juli. Amtlich. Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote wiederum

23500 Br.-Reg.-T.

vernichtet. Unter den versenkten Fahrzeugen befanden sich das englische Torpedoschiff „Arma“, das nach einständiger Kriegergefahr versenkt wurde, die englischen Dampfer „Wibel“ (249 T.) mit Kohlen nach Gibraltar, „Exford“ (4303 T.) mit Hafer und Lokomotiven nach England. Die Ladungen der übrigen versenkten Schiffe konnten nicht festgesetzt werden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Amerikas Mittel gegen die U-Boot-Gefahr.

Amsterdam, 27. Juli. Eine Washingtoner Meldung der „Daily Mail“ vom 21. d. Mts. behandelt eine Denkschrift der Marinebehörden an Präsident Wilson. Darin wird eine große Offensive zur See zusammen mit gewaltigen Luftangriffen als notwendig erklärt, um die U-Boot-Gefahr zu beseitigen. Die Denkschrift sagt den schließlichen Sieg Deutschlands voraus, wenn die Verbündeten an der Defensivfront festhalten, dagegen im Monat eine Million Schiffsraum vernichtet wird, während nur der dritte Teil davon durch Neubauten ersetzt werden kann.

Das Ergebnis der Schlacht am Slagerrak.

Eine englische Admiralitätskritik.

Der englische Admiral Henderson schreibt in der „Daily Mail“: „Nachdem die Regierung einmal angefangen hatte, zu versuchen, alles geheimzuhalten, um ihre eigenen Handlungen zu demanteln, kommt sie von selbst dazu, alles und jedes in das beste Licht zu setzen, selbst unseren mißglückten Versuch in der Schlacht bei Jütland, die deutsche Flotte zu vernichten!“

Das Wochenblatt „World“ schreibt dazu: Es ist sehr bemerkenswert, daß hier zum ersten Male Schwarz auf Weiß erklärt wird, daß das Ergebnis der Schlacht bei Jütland so unbefriedigend war, daß man sich genötigt sah, eine falsche Vorstellung davon zu verbreiten.

Der Vormarsch in Ostgalizien — Zusammenbruch der russischen Karpathenfront.

Berlin, 26. Juli. (B. Z. V.) Auch am 26. Juli machte unser Vormarsch in Ostgalizien bedeutende Fortschritte. Wie an den Vortagen eilten unsere ausdauernden, fegebegleiteten Truppen im Verein mit den tapferen österreichisch-ungarischen Kameraden von Erfolg zu Erfolg. Die Russen wurden überall, wo sie sich den vorwärtsdrängenden Reihen der Unserigen entgegenwarfen, mit raschen und vernichtenden Schlägen geschmeitert. Nördlich und östlich Tarnopol stießen wir unter erbitterten Kämpfen zum „Sniz-deczna“ und „Galica“-Abschnitt vor. Die Russen erlitten hier allerhöchste Verluste. Unsere Batterien feuerten auf 500 Meter Entfernung in die dichten Massen der vorgelegten russischen Sturmkolonnen und mühten ein furchtbares Blutbad unter ihnen anrichten, daß Siegern und Besiegten unaussprechlich in der Erinnerung bleiben wird. Gleich schmer waren die russischen Verluste in den Kämpfen südlich von Trembowla, wo wir den Uebergang über den Sereth erstritten. Zwischen dem 10 Kilometer südlich Trembowla gelegenen Ort Janow und der Höhe Dolhe griff der Russe zweimal außerordentlich heftig an, wobei er seine Sturmkolonnen bis zu 14 Meilen tief stieß. Beide Angriffe wurden blutig zurückgewiesen. Zwischen Sereth und Dnjestr blieb unser Vorstoß lebendig.

Mit der Stadt Kolomea, die nach zähem Kampfe erobert wurde, ist einer der bedeutendsten Knotenpunkte im Pruth-tal, wo wichtige Straßen und Eisenbahnlinien südlich des Dnjestr und aus den Karpathen zusammenlaufen, in unsere Hände gefallen. Weiter südlich macht sich die Erschütterung der russischen Front unter dem mächtigen von Norden wütenden Stoß bis dicht an die rumänische Grenze geltend. Die russische Karpathenfront bis zum Kilibaba-Abschnitt kragt zusammen. Damit hat sich der russische Rückzug auf die ungeheure Frontstrecke von 800 Kilometer ausgedehnt. Der Widerstand, den die Russen bei Waba Lubowa und Sabie leisteten, konnte die Lage an diesem Frontabschnitt nicht mehr retten.

In dem Ort Mikuliczyn, dicht nördlich der Jablonka-Paghöhe, haben die Russen Greuelthaten verübt, die alles bisher Gewohnte übertreffen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Von den Parlamentssitzungen ausgeschlossen. Aus London wird gemeldet: Im Unterhause ist der Abgeordnete der linken Sinnfeiner-Partei Ginnel mit sämtlichen Stimmen wegen der andauernden Uebertretungen der Anordnungen des Vorsitzenden von den Sitzungen ausgeschlossen worden.

Der Oberbefehl der russischen Ostfront wurde dem kürzlich zum Kontreadmiral beförberten Kapitän Kasowow übertragen.

Die rumänische Ministerkrise, die mehrere Wochen lang gedauert hat, ist beendet. Das meldet: Die Zusammenarbeit mit den Konservativen wird fortgesetzt. Es wurden ernannt: Take Jonesku zum stellvertretenden Ministerpräsidenten, Vintila Bratianu zum Minister der neuen Munitionsabteilung und zum einstweiligen Kriegsminister, Titulescu zum Finanzminister, De La Brancos zum Minister für Handel und Industrie. Die anderen Minister behalten ihr Portefeuille.

Der Hungerkrieg gegen die europäischen Neutralen. „Matin“ meldet aus New York: Der Ausfuhrat hat die Fettausfuhr nach Deutschland benachbarten neutralen Ländern vollkommen unterbunden.

Opfersinn in großer Zeit.

Die nachfolgende, recht charakteristische amtliche Bekanntmachung finden wir im „Düsseldorfer General-Anzeiger“ vom 26. Juli (Nr. 376):

Eine große Anzahl von Steuerpflichtigen im Stadtkreis Düsseldorf hat eine unrichtige Kriegs- und Besteuererklärung, sowie Einkommensteuererklärung abgegeben, diese immer noch nicht berichtigt und dadurch eine zu niedrige Einkommensherbeiführung. Da die Steuerhinterziehungen sich neuerdings in bedenklicher Weise gemehrt haben, sehe ich mich gezwungen, eine Frist bis zum 15. August zu setzen, innerhalb deren, soweit nicht schon ein gerichtliches Strafverfahren schwebt, Berichtigungen strafrei abgegeben werden können. Nach Ablauf der Frist werde ich nachsichtlos Verfolgung der Betroffenen durch die Königl. Staatsanwaltschaft und gegebenenfalls Verhaftungen beantragen, indem ich hiermit darauf hinweise, daß die Gerichte auf Gefängnisstrafe, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und Beschlagnahme des Vermögens erkennen können. Weitere Warnungen werden nicht erfolgen.

Sud.

Zum besseren Verständnis dieser öffentlichen Kennzeichnung der Steuerdrückelberger sei darauf hingewiesen, daß Düsseldorf zu den Großstädten mit relativ stärkster Kriegsindustrie gehört. Alle Gesellschaften und Privatunternehmer, die dort für Heeresbedarf arbeiten, haben in den drei Kriegsjahren außerordentlich hohe Gewinne erzielt. Daß sich trotzdem eine amtliche Stelle gezwungen sieht, den vorstehenden Notschrei zu veröffentlichen, wirkt ein bezeichnendes Licht auf den Opfersinn gewisser Kreise.

Die Not der unteren Staatsbeamten.

Das Reichsamt der Staatsangestellten-Verbände hat sich in einer Eingabe an Reichs- und Staatsregierung gewandt. Sie enthält die Bitte, den unteren Staatsbeamten, nachdem die gesamte Lebenshaltung nach der in der Eingabe beigefügten Berechnung seit Kriegsbeginn um mindestens 185 Prozent gestiegen ist, bis zur kommenden endgültigen Regelung des Besoldungswesens, rückwirkend vom 1. April d. J. eine feste Kriegsgeldzulage im Betrage von 40 Prozent neben den bestehenden, nach Kinderzahl abgestuften Kriegsbeihilfen zu gewähren. Aus dem der Eingabe beigefügten Tatsachenmaterial geht hervor, daß sich die in Frage kommenden Beamtengruppen in außerordentlich wirtschaftlicher Notlage befinden, so daß der ausgesprochenen Bitte die Berechtigung zuerkannt und Berücksichtigung bringend zu wünschen ist.

Nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ werden den im Reichs- und Staatsdienst ständig beschäftigten Lohnangehörigen

und Arbeitern auch in diesem Jahre zum Einkauf von Wintervorräten Vorschüsse geträht, deren Rückzahlung den wirtschaftlichen Verhältnissen der Vorschußnehmer angepaßt und so bemessen wird, daß die Tilgung in dem Zeitraum erfolgt, für den die Vorräte beschafft sind.

Die mecklenburgische Verfassungsfrage.

Vor einiger Zeit haben in Schwerin Besprechungen über eine Verfassungsänderung für beide Mecklenburg stattgefunden. Ob man dort zu einem positiven Resultat gekommen ist, steht nicht fest. Der liberale Verein für beide Mecklenburg hat sich nun neuerdings mit dem Stand der Verfassungsfrage beschäftigt und sagt in einer Entschließung:

„Der Verein gibt seinem Bestreben darüber Ausdruck, daß die mecklenburgischen Regierungen zu diesen Beratungen wieder einen fortschrittlichen mecklenburgischen Reichstagsabgeordneten, noch einen Vertreter des liberalen Wahlvereins beider Mecklenburg eingeladen haben, obwohl von den sieben mecklenburgischen Reichstagswahlkreisen drei im Besitz der fortschrittlichen Volkspartei sind. In der Ueberzeugung, daß die neue Verfassung dem mecklenburgischen Volke das allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlrecht nicht mehr vorenthalten darf, erwartet er, daß die von den mecklenburgischen Regierungen in Aussicht gestellte Verfassungsvorlage diese Forderung erfüllt.“

Wenn das nicht eintritt, dann will der Verein nicht ruhen, als bis dieses Ziel, wenn nötig auf dem Wege der Reichsgesetzgebung, erreicht ist.

Die Mißstände auf dem Gute des Grafen Haeseler.

Der alte Feldmarschall Graf Haeseler ließ auf seinem Gute Harnecop bekanntlich sein Vieh schlachten und sein Wild schiessen. Da durch dieses Verfahren große Mengen des jetzt notwendig gebrachten Fleisches dem Verbrauch entzogen wurden, so war die Angelegenheit schon wiederholt in der Öffentlichkeit und auch im Reichstage zur Sprache gebracht worden. Jetzt hat nun, wie die „Allgemeine Fleischzeitung“ mitteilt, der zuständige Landrat auf Veranlassung des Brandenburg-Berliner Viehhändlerverbandes die Enteignung der Schlachtreifen Viehbestände auf dem Gute vorgenommen. Mit der Ausführung wurde ein Viehhändler aus Alt-Trebbin beauftragt. Graf Haeseler mußte wohl davon Kenntnis bekommen haben, denn er eilte sofort nach Harnecop und trat in eigener Person dem Beauftragten des Viehhändlerverbandes, der in Begleitung eines Gendarmen erschienen war, entgegen. Nur mit äußerstem Widerstreben ließ er sich in Verhandlungen ein und stellte zunächst 170 Schafe zur Verfügung, die sich aber in einem derartig schlechten Ernährungszustand befanden, daß von dem Beauftragten des Viehhändlerverbandes die Uebernahme abgelehnt werden mußte. Es gelangten dann nur 40 Tiere, darunter 10 Mutterkühe, zur Abnahme. Auffallend ist die geringe Zahl der jetzt vorhanden gewesenen Schafe, da bis vor kurzer Zeit ein Bestand von 1000 Stück vorhanden war. Allerdings sind auf Harnecop 200 Schafe gestorben; aus welchen Ursachen, ist nicht bekannt geworden. Ferner wurden 25 Rinder entzogen, von denen 10 Stück an einen Schlächtermeister in Wriezen abgeliefert wurden, ein anderer Teil kam nach Straußberg. Nach Ansicht aller Sachverständigen müßte der Ertrag an landwirtschaftlichen Nahrungsmitteln des Gutes Harnecop unter verständiger Bewirtschaftung ein vierfacher von dem sein, was jetzt abgeliefert wird.

Der Krieg und die Gemeindesteuern.

Wenn auch die volle Einwirkung des Krieges auf die Gemeindesteuern bis jetzt noch nicht in die Erscheinung getreten ist; da ein Teil der gemachten Ausgaben durch schwebende Schulden bedeckt ist, so geben die vom Statistiken Amt der Stadt Oberfeld seit einer Reihe von Jahren gemachten Zusammenstellungen über die prozentuale Höhe der Gemeindesteuern in 110 preussischen Städten immerhin ein Bild der bisher eingetretenen Veränderungen.

Von den in die Erhebung einbezogenen Gemeinden hatten einen Zuschlag zur Staatssteuer:

Zuschlag in Proz. der Staatssteuer	1913	1914	1915	1916
		überhaupt in Proz.		
100	7 6,6	4 8,6	0	0
101-150	18 12,3	19 17,3	21 19,1	11 10,0
151-175	18 17,0	19 17,3	14 12,7	18 16,8
176-200	33 31,1	32 29,1	25 22,8	19 17,3
201-225	22 20,8	23 20,9	24 21,8	22 20,0
226-250	10 9,4	11 10,0	23 20,9	29 28,4
261-300	3 2,8	2 1,8	8 2,7	11 10,0

108 100 110 100 110 100 110 100
Einen Zuschlag von nur 100 Proz., den im Jahre 1914 nur noch die Groß-Berliner Stadtgemeinden aufwiesen, hatte in den beiden letzten Jahren überhaupt keine Stadtgemeinde mehr. Den niedrigsten Satz mit 110 Proz. verlangte im Jahre 1916 die Stadt Potsdam. Umgekehrt war der höchste Zuschlag, der 1910 275 Proz., 1918 280 Proz. und 1915 280 Proz. betragen hatte, 1916 auf 300 Proz. (Saarbrücken) gestiegen. Bis zu 200 Proz. verlangten 1912 87 Proz. aller Gemeinden, 1916 aber nur noch 43,6 Proz.

Letzte Nachrichten.

Eine Erklärung Goldenbergs.

Bern, 27. Juli. „Journal“ veröffentlicht eine neue Erklärung des Vertreters des Arbeiter- und Soldatenrats Goldenbergs, die besagt, Rußland wolle zwar den Kampf fortsetzen, doch denke ein Teil der Bevölkerung anders. Immerhin sei an einen Sonderfrieden nicht zu denken. Als Hinweis auf die Unabhängigkeit erklärte, hätten die Sozialisten nichts gesagt, sie würden auch bezüglich Rußlands nichts einwenden, falls es autonom würde und nicht unter die Vorherrschaft Deutschlands käme. Die Ereignisse änderten sich gegenwärtig mit so erstaunlicher Geschwindigkeit, daß alle Dinge möglich seien. Der Fortschritt durch den Regimewechsel sei jedoch für Rußland ungeheuer und endgültig. In diesem Sinne hoffe er, daß es gelingen werde die französischen und englischen Sozialisten nach Stockholm zu bringen.

Lenins Verhaftung.

Basel, 27. Juli. Das berichtet aus London: Petersburger Blätter melden, Lenin sei in Dorki in Finnland verhaftet worden.

Griechenland und die Entente.

Paris, 27. Juli. (Havas.) Die Konferenz der Alliierten hat bezüglich der gegenwärtig militärisch besetzten griechischen Gebiete beschlossen: Frankreich, Großbritannien und Italien werden gleichzeitig in kürzester Frist die militärischen Besetzungen aufheben, die sie gezwungenermaßen auf dem Gebiet des alten Griechenland, in Thessalien und Epirus vorgenommen haben. Die Besetzung des Dreiecks, das von der Straße nach Santi Quaranta und der Grenze des Epiros gebildet wird, wird vorläufig im Interesse der Sicherheit vorübergehend eines italienisch-griechischen Abkommens über die Wiederherstellung der bürgerlichen Verwaltung unter der Autorität eines griechischen Kommissars aufrechterhalten. Frankreich, Großbritannien, Italien behalten während des Krieges die militärische und Flottenbasis auf Korfu, die unter der Souveränität Griechenlands verbleibt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Verhandlungen in der Holzindustrie — gescheitert!

Am Freitag, den 27. Juli, wurde in der Sitzung der Ortsverwaltung berichtet, daß die Verhandlungen vor dem Kriegsamt gescheitert sind.

Die Verwaltung beschloß nunmehr, sofort die örtlichen Verhandlungen anzubahnen. Sie kann jedoch den Mitglidern gegenüber ein längeres Warten nicht vertreten, und ist nunmehr zu erwarten, daß die Kollegen in den Werkstätten die Forderungen der Berliner Mitglidenschaft von 30 Pf. pro Stunde an ihre Arbeitgeber stellen.

Berlin und Umgegend.

Aus der Schlichtungskommission für Militärschneider.

Arbeiten Sie allein!

Diese Antwort ist schon vielen Zwischenweilern erteilt worden, wenn sie auf Nachzahlung verklagt wurden und ganz erstaunt fragten: „Und wo bleibe ich?“

Auch in der letzten Sitzung ereignete sich dieses amüsante Zwischenstück.

Ein Unternehmer hatte von der Bezugsgehilfenchaft Uniformen zur Reparatur übernommen. Für diese hat das Amt 1 Stunde Arbeitszeit geschätzt zu 60 Pf., die dem letzten Arbeiter zuzurechnen.

Der Beklagte nahm nun seinerseits nochmals eine Schätzung im einzelnen vor, indem er Teilarbeit machen ließ und hat dabei eine Zeit berechnet, bei der die Frauen auf die abgeschätzte Stunde keine 60 Pf. Lohn bekamen.

Dem Beklagten wurde vorgehalten, daß er die Arbeit gar nicht mehr hätte weitergeben dürfen, da der Lohnsatz für die Genossenschaft 85 Pf. betrug, für ihn als letzten Arbeiter also nur 60 Pf.

Der Beklagte wandte ein, seine Auftraggeber seien davon unterrichtet gewesen, daß er Frauen beschäftige, und er habe vom Oberkommando Erlaubnis gehabt.

b. Schulz: „Hier gelten die Bestimmungen des Bekleidungsamtes, da ist nichts zu machen, Sie müssen nachzahlen.“

Beklagter: „Und wo bleibe ich?“

Arbeitsgeberbeisitzer: „Das ist nicht unsere Sache. Sie hätten die Arbeit gar nicht mehr weitergeben, sondern selbst machen sollen. Verklagen Sie die Genossenschaft.“

b. Schulz: „Wie sich's ergibt, haben Sie auch keinerlei Lohnhöher geführt. Warum tun Sie denn das nicht? Es liegt doch schließlich in Ihrem Interesse. Jedenfalls haben Sie die festgelegten Lohnsätze nicht eingehalten. Es ist das beste, wenn Sie die Sache gütlich aus der Welt schaffen.“

Der Beklagte entscheidet sich zuletzt, diesem Rat zu folgen und ist bereit, 35 M. nachzahlen.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Filiale Groß-Berlin)

hielt am Donnerstag eine Generalversammlung ab, in der der Geschäfts- und Kassenbericht vom zweiten Quartal erstattet wurde. Die Hauptkasse rechnete im 2. Quartal in Einnahme und Ausgabe mit 25655,70 M. — Die Nebenkasse hatte eine Quartals-einnahme von 14792,15 M., wozu der Bestand vom 1. Quartal mit 33159,89 M. kommt, so daß die Gesamteinnahme einschließlich dieses Bestandes 67407,74 M. betrug. Ausgegeben wurden insgesamt 15589,51 M. Demnach betrug am Schluß des 2. Quartals ein Bestand von 52368,23 M. — Beim Beginn des neuen Quartals waren 4828 Mitglieder vorhanden. Es waren 3542 männliche, 176 weibliche und 10 jugendliche.

Der Kassierer Hoffmann gab zu dem Kassenbericht noch einige Erläuterungen und erwähnte zu lebhafter Agitation unter den noch der Organisation fernstehenden.

Rüntner gab dann eine ins einzelne gehende Uebersicht über die Gestaltung der Teuerungszulagen der städtischen Arbeiter Berlins. Es besteht hier keine einheitliche Regelung. Die Teuerungszulagen setzen sich zusammen aus einer allgemeinen Zulage und aus den speziellen, für die einzelnen Betriebsgruppen nach und nach erteilten Zulagen. So haben sich nach der gegebenen Uebersicht die Teuerungszulagen in der Höhe recht verschieden gestaltet. So verschieden die Teuerungszulagen in den einzelnen Betrieben überhaupt sind, so verschieden sind sie auch zeitlich eingeführt worden. Wo der stärkste Druck war, wo die Organisation guten Fuß gefaßt hatte, konnte man am ehesten auf Erfolg rechnen. — Da die Teuerungsbewegung nach oben keine Grenze kennt, sondern die Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel ständig steigt, so sah man sich veranlaßt, die Forderungen auf Teuerungszulagen fortwährend zu erneuern und zu wiederholen. In erneuten Verhandlungen befindet man sich mit der Sanalisationsverwaltung und der Sonderverwaltung. Die Sanalisationsverwaltung hat bereits Zugeständnisse in Aussicht gestellt. Die Angelenheit ist aber noch nicht abgeschlossen. Auch in andern städtischen Betrieben sind neue Forderungen gestellt, so in den städtischen Gaswerken. Die Direktion hat erst Erhebungen ange stellt. In den nächsten Tagen wird die Verhandlung unter Zugiehung des Vertreters der Organisation stattfinden. — Auch in Lichtberg sind Erhöhungen der Teuerungszulagen erfolgt. — In Neukölln, das die schlechtesten Teuerungszulagen in Groß-Berlin hat, wurde ebenfalls wieder verhandelt. Jetzt ist die Nachricht über einige Zugeständnisse eingelaufen. Diese liegen aber noch dieses zu wünschen übrig. Sie reichen noch nicht an das heran, was in Berlin seit Jahresfrist besteht. Die Kollegen und Kolleginnen Neuköllns werden sich in kurzer Zeit wieder damit beschäftigen müssen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit in den kommunalen Betrieben ist jetzt, wie Redner weiter ausführte, eine wichtige, schon in Angriff genommene Aufgabe der Organisation und wird in der nächsten Zukunft eine Hauptaufgabe bleiben. Wegen der Einführung des Achtstundentages in der Revisioninspektion der Berliner Gaswerke ist bereits verhandelt worden. Es ging nun ein höfliches Schreiben ein, daß die Einführung dieser verkürzten Arbeitszeit zurück wegen Personalmangel nicht möglich sei. Die Arbeiterchaft der Revisioninspektion hat sich erneut mit der Frage befaßt und in einer Resolution die Forderung aufrecht erhalten. Bei den bevorstehenden Verhandlungen mit der Gasdirektion wird die Frage von neuem zur Sprache gebracht werden. — Ferner wurde für die Berliner Wasserwerke, wo die Arbeitszeit der einzelnen Gruppen verschieden ist, der Achtstundentag für die im ununterbrochenen Betriebe Beschäftigten und der Neunstundentag für die übrigen Arbeiter beantragt. Der Direktor der städtischen Wasserwerke ist übrigens der einzige Betriebsleiter in den Groß-Berliner Verwaltungen, der nicht mit dem Vertreter des Verbandes verhandeln will. Aus einer Erklärung des Herrn geht hervor, daß er die Angelegenheit der städtischen Deputation in ihrer nächsten Sitzung, die wahrscheinlich erst im September stattfindet, vorlegen will. — Es wird versucht werden, die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit in allen Betrieben zur Durchführung zu bringen.

Kamowski gab dann in Ergänzung der Ausführungen des Vorredners unter anderem eine Uebersicht über den derzeitigen Stand der Teuerungszulagen in den Gemeindebetrieben von Schöneberg, Charlottenburg und Tegel. — Darauf befahte er sich eingehender mit den Vorkäufen bei der Englischen Gasgesellschaft. Um hier die Löhne auf die gleiche Stufe wie in den städtischen Gaswerken Berlins bringen zu können, hatte man die Gesellschaft vor dem Kriegsausbruch gütlich. Trotz einer hier gegebenen Zugabe des Vertreters der Englischen Gasgesellschaft vergingen 6 Wochen und eine Nachzahlung, die von einem bestimmten Tage ab zu erfolgen hatte, war immer noch nicht erfolgt, was zu einem energischen Schritt der Arbeiter in Mariendorf führte. Nur einzelnen Arbeitergruppen waren Kleinigkeiten zugelegt worden. Eine

neue Verhandlung vor dem Kriegsausschuß wurde notwendig. Zu dieser nahm man, um allen Bezeugungen vorzubeugen, eine von der städtischen Gasdirektion in Berlin bestellte Liste der auf den städtischen Gaswerken geltenden Löhne mit, die ja der Neuregelung der Verhältnisse in der Englischen Gasgesellschaft zugrunde gelegt werden sollten. Nun erklärte der Direktor der Englischen Gasgesellschaft, wenn er die Liste schon vorher gehabt hätte, würde er die Beträge schon vorher ausgezahlt haben. Der Kriegsausschuß gab der Gesellschaft auf, bis zum 10. Juli die Angelegenheit zu erledigen. Wenn sie bis dahin keine ordnungsmäßige Regelung Platz greifen ließe, sollten die Arbeiter das Recht haben, den Kriegsausschuß (Abfchreiben) zu verlangen. Gleichwohl blieben auch dann immer noch eine Anzahl Arbeiter unberücksichtigt. Zu bemerken wäre, meinte Redner, daß es an den Leuten selber läge, wenn einzelne Arbeiter nicht zu ihrem Rechte gekommen seien. Hätten sie von dem ihnen zugestandenen Rechte, eventuell den Abfchreiben zu verlangen, Gebrauch gemacht, so hätte man ihnen sicher Rechnung getragen.

In der Diskussion wurde mitgeteilt, daß das Betriebspersonal des Rudolf-Virchow-Krankenhauses Gehaltserhöhungen gefordert hat. Die Angelegenheit schwebt noch.

Parteinachrichten.

Für harmlose Seelen.

Der Gothaer „Generalanzeiger“ macht die „Scheidemänner“ für die jüngste Vorkasche in Schiffahrtswerten verantwortlich. Während die Regierungsjournalisten geneigt waren, die Vorlage mit Deha und Puffa zu genehmigen, die Hände einer Handvoll Kapitalisten auf Kosten des arbeitenden Volkes zu vergolden, erhoben die Vertreter der U. S. P. so entschiedenen Protest gegen die Liebesgabenwirtschaft, daß auch einem Teil der bürgerlichen Vertreter Bedenken aufstiegen und daher die Verabschiedung der Vorlage im Ausschuß noch zurückgestellt wurde; sie soll nun wenigstens erst noch besser durchberaten und begründet werden. Man denke: sozusagen gegen den Willen der Regierungsjournalisten wird die Genehmigung eines Milliardenbeschlusses an die Schiffgesellschaften ausgelegt!

Die Scheidemänner können zu ihren übrigen Ruhmesstaten nun auch die verzeichnen, daß sie der Börse gute Tage machen, den Spekulanten die Taschen füllen: alles zum Wohl und Heil der deutschen — Arbeiterschaft! Von den Vertretern des Erlaßsozialismus darf man nach den bisherigen Leistungen noch allerhand Angriffe gegen das Interesse des arbeitenden Volkes erwarten; sie sind auf dem besten Wege dahin, die hervorragenden Stützen der kapitalistischen Gesellschaft zu werden.

Das ganz hübsche Gebäude bricht an der einen Ecke zusammen, daß — ausgerechnet Ebert den Antrag auf Vertagung der Regierungsvorlage stellt. Die sozialdemokratische Partei wird gegen kapitalistische Profitmacherei teils auf dem Posten sein, aber mit Eifer alle produktiven Kräfte der Nation heben, zu denen die für die Uebergangswirtschaft und den Außenhandel unentbehrliche Seeschiffahrt in erster Linie zählt.

Aus den Organisationen.

Der Parteiverein in Leipzig wählte als Delegierte zum Parteitag die Genossen Grenz und Kula. In einer Resolution wird die Haltung des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Fraktion gebilligt. Von der Fraktion wird gefordert, daß sie mit allem Nachdruck für eine sofortige Aenderung der Verfassung eintritt, durch welche das Reichstagswahlrecht auf die Bundesstaaten übertragen wird. Vom Parteitag erwartet die Versammlung eine maßvolle Beschränkung in der Aussprache über die erfolgte, leider nicht mehr zu hindernde Spaltung der Partei, da Geschehenes auch durch noch so lange Auseinandersetzungen nicht ungeschehen gemacht werden kann. Es soll jedoch keine Gelegenheit ungenutzt bleiben, die eine Einigung der gesamten Arbeiterchaft herbeizuführen geeignet ist. Dagegen wünschen die Versammelten, daß der Parteitag den großen bevorstehenden Aufgaben auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete seine ganze Kraft widmet.

Der Jahresversammlung des Sozialdemokratischen Vereins der Kreise Köln-Stadt und Köln-Land konnte ein im allgemeinen günstiger Stand der Organisation berichtet werden; besonders in den letzten Monaten hat sich die Mitgliederzunahme erfreulich gesiegt. Mit besonderer Genugung begrüßt man den Abnennentengewinn der „Rheinischen Zeitung“, der freilich unserem Parteistand infolge der Papierkontingierung vor mancherlei Schwierigkeiten steht. Sollmann berichtete über den Würzburger Parteitag. Die Friedensfrage und die Fragen der Demokratisierung werden im Vordergrund der Erörterungen stehen. Ein Ueberbrücken der bekannten Gegensätze werde kaum eintreten; wahrscheinlich würden es später beide Richtungen auf eine Kraftprobe über ihren Inhalt im Volke ankommen lassen. Mit der Kriegspolitik der Reichstagsfraktion sei die Mehrheit der Kölner Genossen grundsätzlich einverstanden, wenn man vielleicht auch manchmal kräftigere Initiative gewünscht hätte. Rückhaltlose Anerkennung verdiene die Fraktion für ihre Tatkraft in den kritischen Juli-Wochen. Eine Politik nach der Art der „Unabhängigen“ würde die schwankenden Mittelparteien auf die Seite der Rechten gedrängt und eine gefährliche Kriegselendungebeugung veranlaßt haben. — Debatteless wird Sollmann zum Delegierten für Würzburg gewählt; Eschmann ist Funk. Wie in der Versammlung mitgeteilt wurde, hat die Regierung in Köln auf den Antrag des Jugendauschusses als Beihilfe für die Erhaltung und den Ausbau des Kölner Arbeiter-Jugendheims einen jährlichen Beitrag von 750 M. bewilligt. Diese Neuorientierung, wohl die erste dieser Art in Deutschland, entspricht allen Forderungen der Partei und der Gewerkschaften, die bisher vergeblich erhoben wurden.

Für den Wahlkreis Seib-Weihenfeld-Raumburg wurde am 22. Juli ein Kreisstag von denjenigen Organisationen abgehalten, die unserer Partei treu geblieben sind. Vertreten waren sämtliche Städte und zehn ländliche Ortschaften durch 23 Delegierte. Die durch den Uebertritt zu den Unabhängigen entstandenen Lücken in der Kreisleitung wurden mühelos ausgefüllt. Zum Kreisvertrauensmann wurde einstimmig der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes Genosse Herm. Rickardt-Zeig gewählt; die Geschäfte des Parteisekretärs wurden dem Genossen Aug. Gerhardt-Zeig übertragen. Auf die an Stelle des Zeiger „Vollboten“ als Parteiblatt im Kreis einzuführende „Kollektive Sozialisten“ wurden sofort über 1000 Beteiligungen ausgegeben. Es konnte aus einer ganzen Anzahl von Ortschaften berichtet werden, daß sich in ihnen zahlreiche Genossen für das Verbleiben bei unserer Partei erklärt haben, obwohl deren Vertreter für den Uebertritt zu den Unabhängigen gestimmt hatten. — Die Tagung war vom besten Geiste befeelt und von der Hoffnung getragen, daß fleißige Arbeit den Austrittsbeschlüssen bald weichen wird. Als Abgeordneter des Kreises nahm Genosse W. Thiele-Salle an den Beratungen teil.

Industrie und Handel.

Eine bayerische Wasserkraft-Arbeitsgemeinschaft.

Da Bayern infolge seines Mangels an Kohle und Eisen in den letzten Jahren in seinem industriellen und wirtschaftlichen Leben nicht einen gleich bedeutsamen Aufschwung wie die anderen Bundesstaaten genommen hatte, so konnte naturgemäß das Land auch in der Lieferung von Kriegsbedarf nicht in solchem Umfange herangezogen werden, wie andere Teile des Reiches. Die drohende Gefahr, daß dadurch namentlich auch in der zukünftigen Entwicklung eine gewisse Verarmung des Landes eintreten könnte, gab den Anlaß, die heimische Industrie nach Kräften zu fördern und zu ver-

mehren. Nach dieser Richtung soll einmal die Großschiffahrtsstraße vom Rhein zur Donau und weiter ein zierbewahrter Ausbau der reichen Wasserkraft wirken. Um die Lösung der letztgenannten Aufgabe vorzubereiten, hat sich nun vor kurzem ein Studienauschuß unter dem Namen „Gesellschaft zur wirtschaftlichen Förderung Bayerns (Bayerische Wasserkraft-Arbeitsgemeinschaft)“ gebildet, bei der bayerische Banken und industrielle Großunternehmen: die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, die Bayerische Vereinsbank, die Bayerische Handelsbank in München, die Bayerische Diskonto- und Wechselbank A. G., die Elektrizitäts-A. G. vormals Schuderer u. Co. und die Maschinenfabrik Augsburg-Kürnberg A. G. in Nürnberg vertreten sind. Die Gesellschaft will die Möglichkeit einer Erschließung der bayerischen Wasserkraft nach ihrer technischen und wirtschaftlichen Seite hin untersuchen und darüber hinaus auch andere Unternehmungen in den Bereich ihrer Tätigkeit ziehen. Mit den Arbeiten hierfür soll sofort begonnen werden.

Der neue Stahleisenverband

soll nach der „Köln. Volksztg.“ als Vertrag zwischen den den Verband bildenden Werken und dem Stahlwerkverband in Düsseldorf abgeschlossen werden. Als Zweck des Verbandes ist die Regelung der Erzeugung und des Ablasses von Stahleisen, Bandstahl und Universalstahl angegeben. Ausgenommen sind dreifachstige Träger mit mindestens 300 Millimeter breiter Flanke und 500 Millimeter größter Höhe. Walzdraht gehört insoweit nicht in den Verbandsvertrag, als er unter den Begriff der Erzeugnisse des früheren Walzdrahtverbandes fiel. Ferner wird in den Vertrag einbezogen der zum Einschmelzen nachweislich verwendete Stahleisenschrott, des weiteren Schweizeisen, Bessemerstahl, Elektrostaal, Ziegelstahl, sowie auch alle Sorten von legiertem Stahl. Als Beteiligung gilt der Ablass von drei aufeinanderfolgenden Monaten, mit der höchsten Verbandsablass innerhalb der Zeit vom 1. Januar 1916 bis zum 31. Mai 1917, auf ein Jahr umgerechnet. Der Verkauf verbleibt den einzelnen Werken, unterliegt aber der Zustimmung der Gesellschafterversammlung. Deshalb soll bei den Ablässen ein entsprechender Vorbehalt getroffen werden. Der Verbandsvertrag endigt vier Monate nach Aufhören des Kriegszustandes. Die Bindung des neuen Verbandes ist also noch recht lose, sein Charakter als Kriegsorganisation ist augenscheinlich, und es bleibt ganz der Zukunft überlassen, ob er auch im Frieden zusammengehalten und ausgebaut wird.

Soziales.

Kochmal: Die Kohlensteuer der Armen.

Wir müssen nochmals auf die von uns in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ erwähnte, geradezu ungläubliche Tatsache zurückkommen, daß der deutsche Städtebund beschloffen hat, bis auf weiteres von Einrichtungen abzusehen, die den Inhabern von kleinen Wohnungen den Bezug von Hausbrandholz verbilligen.

Während der Kriegszeit haben die Städte hinsichtlich der Organisation der Versorgung der Einwohner in recht vielen Fällen versagt. Das, was die Einwohner glauben, verlangen zu können, ist auch nicht im entferntesten gewährt worden. Bis her konnte man der Meinung sein, daß das vielfach zur Verhältnisse zurückzuführen sei, die außerhalb der Einwirkung der einzelnen Stadtgemeinden liegen. Nach diesem neueren Beschluß des Städtebundes müssen wir jedoch auch die sonstigen Vorkommen in einem ganz anderen Licht ansehen. Offenbar fehlt das elementare soziale Verständnis für die in dieser schweren Zeit von den Stadtverwaltungen zu erfüllenden Aufgaben. Um den zwölfsten Teil hätte die minderbemittelte Bevölkerung die Hausbrandholz billiger haben können. Der Gesetzgeber hat die Möglichkeit dazu schaffen wollen. Die Grundzüge, nach denen es geschehen kann, sind vom Bundesrat festgelegt worden, und nun beschließen die Vertreter der Städte — wie wir erfahren, einstimmig — irgendwelche Vorkehrungen für den Bezug der weniger teueren Kohlen in sich zu treffen. Statt wie bisher den Einwohnern eine Mehrbelastung auferlegt, die bei den an sich schon hohen Kohlenpreisen ganz erheblich ins Gewicht fällt, uns scheinen die Grundzüge, die der Bundesrat für die Gewährung der Preisermäßigung aufgestellt hat, den Interessen der Gemeinden durchaus gerecht zu werden. Die Gemeinden sollten selbst bestimmen, welche Wohnungen in ihrem Bereich als kleine Wohnungen zu gelten haben, und welche Mengen von Hausbrandholz der verschiedenen Sorten den Inhabern dieser kleinen Wohnungen als Jahresbedarf zugestimmt werden sollen. Nur zwei Bedingungen hatten die Gemeinden zu erfüllen. Den minderbemittelten sollte die Hausbrandholz auch wirklich um den vollen Betrag der Steuerermäßigung billiger geliefert werden als den übrigen Kohlebesitzern in der gleichen Stadt, die Gemeinden sollten auch die Garantie übernehmen, daß die Kohle wirklich den Minderbemittelten zugute kommen und sie nicht endlich einen Weiterverkauf der ermäßig besteuerten Kohle verbieten.

Welche Gründe für diesen Beschluß des Städtebundes im einzelnen maßgebend gewesen sind, entzieht sich natürlich unserer Kenntnis. Aber ehe man derartige Beschlüsse faßt, ist es in einer so schwerwiegenden Frage notwendig, die Öffentlichkeit zu informieren, damit vielleicht durch den Druck dieser irgendwelche, einer zweckentsprechenden Regelung der Angelegenheit sich entgegenstellende Hindernisse beseitigt werden können.

Nichts von alledem! Die Verteilung selbst hätte sich, wie es sich ja in Hamburg so wunderbar bewährt hat, durch die Inanspruchnahme der Gewerkschaftsartelle leicht bewerkstelligen lassen und überall auch hätten sich die Kaufmänner, die jetzt unerträglich dabei sind, für die wirtschaftlichen Interessen der minderbemittelten Bevölkerung zu sorgen, in den Dienst der Kohlenverteilung gestellt.

Zum Glück ist es mit diesem Beschluß des Städtebundes nicht getan. Die Gemeindevertretungen werden jetzt mit aller Entschiedenheit auf den Plan zu treten haben, um die Stadtverwaltungen nun nachträglich zu veranlassen, die soziale Aufgabe der billigeren Kohlenbeschaffung sofort in die Hand zu nehmen und sie werden auch dafür Vorkehrungen treffen müssen, daß die erforderlichen Einrichtungen auch in jeder Hinsicht funktionieren und nicht etwa infolge des passiven Widerstandes irgendwelcher Parteien, die nicht ganz mit dem Herzen bei der Sache sind, versagen.

Herausführen von Arbeitnehmern zum Stellenvermittler.

Der Stellenvermittler M. hatte nach vorheriger Abrede mit Frau A. in Gron in solchen Zeitungen, die in Gron gelesen wurden, Anzeigen veröffentlicht, in denen er Arbeiterinnen für die Landwirtschaft suchte, mit dem Einsaugen: Meldung bei A. in Gron. Darauf meldeten sich auch Mädchen aus der Gegend bei Frau A., denen sie das von M. erhaltene Jahrgeld gab, und die sie nach dem Wahnhof brachte. — Das Landgericht in Hannover verurteilte am Grund dieses Tatbestandes M. wegen Uebertretung des Stellenvermittlergesetzes zu einer Geldstrafe von 100 M., weil er die Ministerialbestimmungen, die zum Stellenvermittlergesetz ergangen sind, nicht beachtet habe. Danach ist es den gewerbsmäßigen Stellenvermittlern verboten, Dritte mit dem unmittelbaren Herausführen von Arbeitnehmern zu beauftragen und solche herangezogenen Arbeitnehmer zu vermitteln.

Der Angeklagte legte Revision ein und machte geltend, daß hier ein verbotenes unmittelbares Herausführen von Arbeitnehmern gar nicht vorliege. Die Mädchen seien ja auf Grund seiner Annonce zu Frau A. gekommen und hätten erklärt, daß sie durch ihn vermittelt sein wollten. Frau A. habe sie nur zur Wahn gebacht und ihnen das Jahrgeld gegeben.

Das Kammergericht verwarf jedoch die Revision des Angeklagten und führte aus: Das Landgericht habe unter den obwaltenden Umständen mit Recht ein unmittelbares Herausführen von Arbeitnehmern angenommen. Der Begriff des „unmittelbaren Herausführens“ sei nicht gleichbedeutend mit einem persönlichen Inverkehrtreten.

Verantwortl. f. Inhalt: Dr. Franz Diederich, Berlin-Friedman; für d. äußeren Teil des Blattes: Alfred Engels, Berlin; für Inserate: Th. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann Rudolphsberg u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Groß-Berlin

Dressel muß zumachen!

Wegen schwerwiegender Verstöße gegen die geschlichen Bestimmungen zur Sicherung unserer Ernährung hat das Kriegswirtschaftsamt den Hoflieferanten Heinrich Dressel, Inhaber des Weinrestaurants Rudolf Dressel, Berlin, Unter den Linden 50, und seine Ehefrau Veria Dressel geb. Feldt aus dem Handel ausgeschlossen, insbesondere ihnen die Abgabe von Speisen und Getränken in Gastwirtschaften untersagt. Verbunden wurde damit die sofortige zwangsweise Schließung des Lokals. Die vom Kriegswirtschaftsamt angeordneten Ermittlungen haben ergeben, daß die Eheleute Dressel maßlos und ohne jede Rücksicht auf den preisnormierten Lebensmittel in erheblicher Menge im Schleichhandel aufgefauft und unter Umgehung der Verbrauchs- und Verteilungsvorschriften an bevorzugte Gäste abgegeben haben. Als Lieferant für solche strafbaren Fleischverkäufe wurde u. a. der Schlächtermeister Hermann Steindeder in Groß-Pandenberg ermittelt. Da die Geschäftsbücher in dem Dresselschen Betriebe ordnungswidrig geführt wurden, so konnten bisher noch nicht alle Lieferanten ermittelt werden. Die vorhandenen Lebensmittelvorräte wurden jedenfalls von dem Kriegswirtschaftsamt beschlagnahmt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die bis jetzt festgestellten Verstöße nur einen geringen Teil der tatsächlich verübten Zuwiderhandlungen darstellen, so daß in Wirklichkeit die von den Behörden erlassenen Vorschriften im Dresselschen Betriebe in größtenteils Weise umgangen wurden. Die Eheleute Dressel werden sich deswegen vor dem Strafgericht zu verantworten haben.

Ferner hat das Kriegswirtschaftsamt dem Besitzer des „Wiener Schloßrestaurants“, Berlin, Dorotheenstr. 77/78, dem Hausbesitzer Alfred Loewy und seiner Ehefrau Martha Loewy geb. Abel wegen derselben Verstöße die Abgabe von Speisen und Getränken verboten. Auch das „Wiener Schloßrestaurant“ wird durch das Kriegswirtschaftsamt zwangsweise geschlossen werden.

Wie wir hören, sollen übrigens noch gegen eine Anzahl anderer „erklassiger“ Berliner Restaurants ähnliche Maßnahmen unternommen werden. Es wäre in der Tat dringend zu wünschen, daß es dem Kriegswirtschaftsamt gelänge, durch rücksichtsloses Eingreifen nicht nur den Geschäftsbetrieben, sondern auch den vornehmen Schleichhändlern das Handwerk zu legen.

Gegen die Getreideschiebungen!

Die erheblichen gerichtlichen Bestrafungen, welche die Urheber von Getreideschiebungen im Osten und Westen der Monarchie getroffen haben und die verschiedentlich Gegenstand der Erörterung in der Presse gewesen sind, geben dem Kriegswirtschaftsamt jetzt bei Beginn der diesjährigen Ernte und nach Inkrafttreten der Reichsgetreideordnung vom 21. Juni 1917 erneut Veranlassung, die beteiligten Händler- und Erzeugerenteile auf gewissenhafte Befolgung der bestehenden und der neu erlassenen Bestimmungen bezüglich der Bewirtschaftung und Verwertung der Getreideernte hinzuweisen. Das Kriegswirtschaftsamt wird dem Verlehr mit den Erzeugnissen unserer neuen Ernte eine besondere Aufmerksamkeit widmen.

Anlässlich der jetzt in Kraft tretenden neuen Getreidepreise wird besonders darauf hingewiesen, daß für Roggen und Weizen aus der früheren Ernte die alten niedrigeren Höchstpreise maßgebend sind. Bei alten Vorräten als solche neuer Ernte abliefern, macht sich strafbar. Verboten ist es auch, Getreide als „Gemenge“ oder „Ruttermischung“ oder unter ähnlicher Bezeichnung der staatlichen Bewirtschaftung zu entziehen.

Weitere Einschränkung der Beleuchtung.

Der Polizeipräsident ordnet an: 1. Die Innenbeleuchtung der Läden und Schaufenster sowie der Gast-, Speise-, Schankwirtschaften, Konditoreien und Kaffeehäuser darf nur ein Fünftel des in der Mitte des Monats Dezember 1916 aufgewendeten Lichtes betragen, so daß eine nur notwendige Beleuchtung erzielt wird. Wo es nach den Verhältnissen unumgänglich notwendig ist, mehr als das Fünftel aufzuwenden, kann durch Entscheidung des Polizeipräsidenten eine Ausnahme bewilligt werden. Die abweichende Regelung in der Bekanntmachung vom 23. Januar 1917 wird hierdurch aufgehoben. 2. Die Bestimmungen der Ziffer 1 gelten gleichermaßen für Gärten, Vorgärten, Höfe, Veranden, Terrassen und andere Außenräume, die den gleichen Zwecken dienen. 3. Lampenbeleuchtung bei Tage in den zu Ziffer 1 und 2 genannten Räumen ist untersagt. Nur wo es zur Berrichtung wirtschaftlicher Arbeiten oder aus Sicherheitsgründen erforderlich ist, darf eine schwache Lampenbeleuchtung auch bei Tage stattfinden. Auch bleibt die Bestimmung, wonach Schaufensterbeleuchtung bei Tage an einzelnen trübigen Tagen seitens der Polizeibehörde genehmigt werden kann, bestehen. 4. Diejenigen elektrischen Lampen, welche von der Benutzung ausgeschlossen sind, müssen abgenommen und von dem Inhaber in strenge Verwahrung genommen werden, um ihrer unerlaubten Benutzung vorzubeugen. 5. Diese Bestimmungen treten am 10. August in Kraft. Zuwiderhandlungen unterliegen der in der Bundesratsverordnung vorgesehenen Strafe.

Berliner Lebensmittel.

Der Eisenrathschuß der Brotbackergemeinschaft Groß-Berlin hat in seiner gestrigen Sitzung, wie bereits in Aussicht genommen, für die Zeit vom 13. August ab die Portion der Hauptbrotart auf 1500 Gramm und die der Zusatzart auf 450 Gramm festgesetzt. Da die über die bisherige Portion lautenden Karten bereits für die Zeit nach dem 13. August ausgegeben sind, so wird rechtzeitig bekanntgegeben werden, in welcher Weise die Bevölkerung in den Besitz der Restportion gelangen wird.

Die Zufuhren an Frühkartoffeln nach Berlin hoben sich in letzter Zeit so beträchtlich, daß in der kommenden Woche die Ration auf 3 Pfund heraufgesetzt werden kann. Für die restlichen 2 Pfund ist wiederum Ersatz in der üblichen Weise durch Brot gewährleistet. Für den Fall, daß die Zufuhren sich weiter so heben, wie dies in der letzten Zeit der Fall war, ist vorzusehen, auf 2 weitere Abschnitte der Kartoffelkarte vom Freitag, den 3. August ab, evtl. noch ein viertes Pfund Kartoffeln abzugeben. Das Nähere ergeben die Anschläge an den Säulen.

In Anbetracht der in der jetzigen Jahreszeit geringen Vegetabilität der Hüner und infolge verringerten Zufuhr nach Berlin kann nach einer Bekanntmachung des Magistrats auf Abschnitt 28 der Eierkarte vom 30. Juli bis 5. August nur 1 Ei abgegeben und entnommen werden. Es ist zu hoffen, daß von Mitte August ab wieder eine bessere Versorgung mit Eiern möglich sein wird.

Nach einer Bekanntmachung der Zuckerlieferungsstelle des Magistrats wird für den August wieder ein Bäckchen Süßstoff H-Verpackung zur Ausgabe gelangen. Der Süßstoff ist in den Drogeriehandlungen und in einigen Apotheken, welche sich zum Verkauf von Süßstoff bereit erklärt haben, zu erhalten.

Die Milchkarten für Neugeborene. Die Heilstelle Groß-Berlin hat die bisher nicht geklärte Frage entschieden, ob die Milchkarten für Neugeborene von der Gemeinde auszuhandigen sind, in deren Bezirk das Neugeborene zur Welt kommt, oder ob die Gemeinde zur Beschaffung der Säuglingskarten verpflichtet ist, in der die Mutter des Kindes wohnt. Die Heilstelle hat sich für die an zweiter Stelle genannte Möglichkeit ausgesprochen; demgemäß hat die Ausgabe der Säuglingskarten nur von der Dienststelle zu erfolgen, in deren Bezirk die Mutter des Neugeborenen ihre Wohnung hat.

Verforgung mit Honig.

Anlässlich der Veröffentlichung des Ministerialerlasses über die Errichtung einer Honig-Vermittlungsstelle bei dem Preussischen Landesamt für Gemüse und Obst sind bei der Vermittlungsstelle zahlreiche Aufträge von Privatverbraucher auf Nachweisung von Veräußerern von Bienenhonig eingegangen. Da eine Beantwortung dieser Anträge im einzelnen nicht möglich ist, so wird von der Reichsstelle für Gemüse und Obst darauf hingewiesen, daß bei der geringen Höhe der zur Verfügung stehenden Honigmengen zunächst allein Zuweisungen an Kommunalverbände zur Deckung des Bedarfs von Krankenanstalten, Heilanstalten usw. neben einer nötigenfalls in Aussicht genommenen Versorgung von Lazaretten in Frage kommen. Erzeuger von Honig können ihre verfügbaren Mengen zur Vermittlung des Absatzes für die erwähnten gemeinnützigen Zwecke bei den der Vereinigung der Deutschen Imkerverbände angeschlossenen Imkervereinen, wenn sie solchen angehören, oder bei der Honigvermittlungsstelle in Berlin, Potsdamer Straße 75, anmelden.

Reicher Gurkenanflug. Nach den Tagen der Gemüseknappheit herrscht jetzt wenigstens bei einem Gemüse ein erfreulicher Ueberfluß: bei den Gurken! Die Gurkenzucht auf dem gestrigen Berliner Gemüsemarkt waren so groß, daß der Verkauf deswegen sogar stockte. Auch die Zufuhren von anderem Gemüse waren ziemlich reichlich, doch konnte dieser Bedarf noch nicht vollständig gedeckt werden. Die Nachfrage nach Frischgemüse hält noch an. Mehrere Eisenbahnwagen mit frühen Pfirsichen, Pfäumen, Äpfeln und Birnen fanden gute Aufnahme.

Zwangsbewehrungen zu einer bestimmten Arbeit können nach den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes nur vom Einberufungsausschuß erfolgen, nicht vom Vorgesetzten. Es hat deshalb jeder Zwangsüberweisung das Recht nach Erteilung des Befehls die gegen eine Ueberweisung Einspruch zu erheben, wenn er wichtige Gründe dazu vorzubringen hat, die dann im Verhandlungsverfahren vor dem Ausschuss zu erledigen sind.

„Der ganze Wedding handelt mit Brotarten.“ So behaupten zwei Brotartenhändler, die von der Neuköllner Kriminalpolizei unschädlich gemacht wurden. Bei den Ermittlungen zur Aufklärung des großen Neuköllner Brotartenbrotstahls, bei dem den Tätern, wie wir mitteilen, 18 000 Karten in die Hände fielen, stießen die Beamten auch auf eine Spur, die nach dem Wedding und seiner Umgebung zeigte. Sie wies endlich auf einen 23 Jahre alten Arbeiter Alfred Kanitz, der bei seiner Schwester in der Schulstraße 51 einen Unterchlupf gefunden hatte, und auf einen 23-jährigen Arbeiter Max Hoffmann, der ebenfalls ohne feste Wohnung, von seiner Geliebten, einer Alwine Krause, in der Ruppiner Straße 25 beherbergt wurde. Als die Neuköllner Beamten in der Schulstraße erschienen, trafen sie dort zwar nicht den Kanitz, wohl aber Hoffmann, der seinen Freund besucht hatte. Sobald er ihrer ansichtig wurde, versuchte Hoffmann sich durch einen Sprung aus dem Fenster der Verhaftung zu entziehen. Als ihm jedoch einer der Beamten seine Dienstwaffe zeigte, nahm er davon Abstand und gab sich gefangen. In der Wohnung fand man 500 Brotarten und 1500 M. bares Geld aus den verkauften Karten. Kanitz befand sich unterdessen in der Wohnung der Krause und wurde dort überrascht und verhaftet. Auch hier fand man eine große Menge Brot- und andere Karten und 1500 M., die im Sofa versteckt waren. Kanitz behauptet, daß er die Karten von einem Max Fischer zum Verkauf bekommen habe. Dieser Max Fischer ist aber von ihm unbekannt. Die Karten stammen aus einem Einbruch bei einer Brotartenbäckerei in Charlottenburg, bei der 6000 Brot- und 3000 Brotartenkarten gestohlen wurden. Für den Neuköllner Einbruch kommen die beiden nicht in Betracht. Mit ihnen wurden auch die Schwester des Kanitz und Alwine Krause dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Eine Bande von Fuhrwerksdieben, die ihre Spezialität schon seit längerer Zeit gewerbsmäßig betrieben, wurde von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. An ihrer Spitze stand ein Schmied Otto Wiegner. Unterführt war ein gewisser Ernst von Karlowitz. Zu den eifrigsten „Arbeitern“ gehörten u. a. die Arbeiter Max Kahlsch und Paul und ein Zinlarbeiter Karl Richter. Die Hauptlinge der Bande gingen in guter Kleidung mit dem Eisernen Kreuz geschmückt, das sie unberechtigt trugen, beobachteten wo ein Fuhrwerk ohne Aufsicht stand, und gaben dann ihren Helfershelfern, die immer unauffällig in der Nähe waren, einen Bin. So erbeutete die Bande in Schöneberg einen Wagen, der für 7000 Mark Wäsche geladen hatte, an einer anderen Stelle ein Fuhrwerk mit einer großen Ladung Seifenpulver, ferner einen Blumenwagen mit Ladung. Die Diebe hatten es in der Hauptsache auf die Pferde abgesehen, die sie Hochschätzern zum Kauf anboten. Daneben verschmähten sie es aber auch nicht, die Ladungen zu Geld zu machen. Für diese Sachen fanden sie einen willigen Abnehmer in einem Tischler Karl Sieple, einem bekannten alten Hühler, der namentlich für die Wäsche Verwendung hatte. Auch dieser wurde hinter Schloß und Riegel gesetzt, nachdem fortgesetzte Beobachtungen der Kriminalpolizei zur Aufdeckung des ganzen Treibens geführt hatten. Die Verhafteten betrieben neben ihrer Spezialität auch Handel mit Brotarten, gefälschten Bezugsscheinen usw.

Für 30 000 Mark Seide erbeuteten Einbrecher in der Nacht zu Freitag in der Wulfsfabrik von W. u. Co. in der Wallstraße 27. Dieses Grundstück steht bis 7 Uhr morgens unter der Obhut eines Wächters. Dann erscheint der Pförtner, der zunächst einige Reinigungsarbeiten zu verrichten hat. Während er damit beschäftigt war, sah er, wie zwei oder drei Männer mit Kaleten die Treppe herunterkamen, sie vor der Tür auf einen Handwagen luden und davonfuhr. Er hielt sie für Angestellte eines Betriebes und ließ sie ruhig gewähren. Bald darauf ergab sich, daß es Einbrecher waren, die die Wulfsfabrik heimgeführt hatten.

Zur vorgestrigen Versammlung im Lehrereitendhaus, in der Genosse Scheidemann sprach, wird uns noch berichtet, daß nicht nur der Saal bis an die Grenzen des Möglichen gefüllt war, sondern daß auch viele Tausende, die Einlaß gesucht hatten, unrichtigter Dinge wieder umkehren mußten. Das zeigt, daß trotz aller Bemühungen der „Unabhängigen“ die Partei in Groß-Berlin festen Boden unter den Füßen hat und täglich neuen Gewinn.

Die Bezirksorganisation Groß-Berlin wird sich bemühen, in absehbarer Zeit eine ähnliche Veranstaltung zu bewerkstelligen, um auch denen gerecht zu werden, die diesmal zu kurz gekommen sind.

Spandan. Die Haushaltungen der Altstadt, Neustadt, Halensee, Strefow und Siemensstadt können die Bezugsscheine für Einmachegüter jetzt einlösen, da die Geschäfte sämtlich mit Zucker beliefert sind.

Schöneberg. In der Zeit vom Sonnabend, den 28., bis Dienstag, den 31. Juli, sind anzumelden: 1/4 Pfund Weizengrieß oder 1/4 Pfund Haferfabrikate auf Abschnitt Nr. 51 der Rähmittlekarte; 2 Suppenwürfel auf Abschnitt Nr. 52 der Rähmittlekarte; 1 Erbsenwurzel auf Abschnitt Nr. 13 der Rähmittlekarte für Jugendliche. — Ausgegeben werden in der nächsten Woche: 200 Gramm Teigwaren auf Abschnitt Nr. 44 der Rähmittlekarte, 2 Suppenwürfel auf Abschnitt Nr. 45 der Rähmittlekarte, 1/4 Pfund Süßfruchtarmelade auf Abschnitt Nr. 46 der Rähmittlekarte, 200 Gramm Graupen auf Abschnitt Nr. 47 der Rähmittlekarte, und 200 Gramm Suppen auf Abschnitt Nr. 48 der Rähmittlekarte.

Steglitz. Obst und Gemüse auf Kundenliste. Vom heutigen Sonnabend ab wird das von der Gemeinde beschaffte Obst und Gemüse auf Grund der Kundenliste verkauft. Der Anspruch des Kaufberechtigten bleibt 24 Stunden nach Auslösung der Nummern bestehen und wird die nicht abgeholte Ware freibändig verkauft. Heute gibt es 1/2 Pfund Obst und 1 1/2 Pfund Gemüse pro Kopf.

Wilmerdorf. Zur Regelung der Kohlenverteilung schreibt uns der Magistrat: Die gemäß § 18 der Verordnung des Oberkommandos betreffend die Regelung der Kohlenverteilung unter Mitwirkung der Hausbesitzer (Hausbesitzer-Stellvertreter) angeordnete Erhebung mittels Fragebogen sollte für Berlin-Wilmerdorf durch die Müdigkeit der ausgefüllten und unterschriebenen Fragebogen an die zuständige Protkommission bis spätestens Sonnabend, den 21. Juli, abends 7 Uhr, ihren vorläufigen Abschluß finden. Bedauerlicherweise haben eine ganze Anzahl von Hausbesitzern (Hausbesitzer-Stellvertretern) den genannten Termin nicht eingehalten und sind noch heute mit der Ablieferung der Fragebogen im Rückstand. Die Säumigen entschuldigten sich meistens damit, daß die Mieter sich zurzeit auf Reisen befinden. Es wird jedoch bemerkt, daß die den Wilmerdorfer Hausbesitzern zugleich mit den Fragebogen zugefertigte Anweisung auf rosa Papier ausdrücklich befragt: „Für Mieter, die zurzeit abwesend sind, hat die Ausfüllung der Spalten 2 bis 10 beziehungsweise 14 bis 18 durch den Vermieter (Hausigentümer oder dessen Vertreter) zu erfolgen.“ Es bedarf keines ausdrücklichen Hinweises darauf, daß die verspätete Ablieferung der Fragebogen zur Verzögerung in der Ausgabe der Kohlenarten an die Mieter führen kann. Diese werden für die ihnen entstehenden Unannehmlichkeiten jedenfalls unmöglich die für die Kohlenverteilung in Frage kommende Stelle des Magistrats verantwortlich machen können. Uebrigens verfallen Hausbesitzer, die die in § 18 der Kohlenverordnung ihnen auferlegten Verpflichtungen nicht erfüllen, den durch den § 36 angeordneten Strafen.

Neukölln. Ferienwanderungen für die Gemeindeführer. Zur Ferienholung der Gemeindeführer hat der Magistrat eine besondere Einrichtung geschaffen, die weiteren Kreisen der Bevölkerung noch nicht hinlänglich bekannt zu sein scheint. Zweimal in der Woche ziehen die Kinder unter Führung von Lehrern und Lehrerinnen hinaus in die nähere oder weitere Umgebung Neuköllns, um in Feld und Wald Erholung zu suchen. Zeit und Ziel der Wanderungen sind bei den Schülern zu erfahren. Verpflegung und Fahrgehalt haben die Kinder selbst mitzubringen.

Cöpenick. Mehl- und Margarinebezugsscheine für Gastwirtschaften. Die vom 6. August ab gültigen Mehl- und Margarinebezugsscheine für Gastwirtschaften und Kantinen sind von den Empfangsberechtigten in der Zeit vom 27. bis 31. d. M. in der Kartenausgabestelle, Grünstr. 17, Laden, abzuholen.

Friedrichshagen. Heute gelangt auf Abschnitt Sch in allen Lebensmittelgeschäften Schweizer Käse zur Verteilung; auf jede Karte entfallen 60 Gramm zum Preise von 60 Pf.

Weißensee. Elektrizitätsstörungen. Das wiederholte Verlangen des hiesigen Elektrizitätswerkes mit der Stromlieferung an die Konumenten führt zu kolossalen Schäden nicht nur der Unternehmer, sondern auch der bei ihnen beschäftigten Arbeiter. Seitdem die Gemeinde das Werk an die Märkischen Elektrizitätswerke verkauft hat, haben die Verbraucher über beträchtliche Stromlieferung nicht aufgehört, trotzdem die beteiligten Direktoren und Sachverständigen bei den Verkaufsverhandlungen aufs Bestimmteste versprochen haben, die Einrichtungen so zu treffen, daß jede gewünschte Strommenge von ihnen ohne weiteres zu beschaffen sei. Als die Gemeinde noch Besitzerin des Werkes war, waren keine oder doch nur ganz geringe Störungen vorhanden, die meist in kürzester Frist auch beseitigt wurden. Da die Märkischen Elektrizitätswerke zum Teil als Besitzum der Provinz gelten, wurden bei den Verkaufsverhandlungen auch Wünsche der Provinzialverwaltung berücksichtigt und die Berliner Konkurrenz auf besonderen Wunsch zum Teil ausgeschaltet. Es scheint jedoch der Einfluß der Provinzialverwaltung auf die Direktion der Märkischen Elektrizitätswerke sehr gering zu sein, denn sonst würden diese schon längst die an sie gerichteten berechtigten Beschwerden so behandelt haben, wie sie behandelt werden müßten. Die Steuerzahler und Gewerbetreibenden am hiesigen Ort leiden durch die Spartheorie des leitenden Direktors großen Schaden, und hat die Provinz hierbei wirklich etwas mitzubestimmen, so sollte mit einer Abhilfe nicht lange gewartet werden.

Pantow. Diejenigen Personen, welche auf den Bezugs- und Nuttingsabschnitt 63 der alten Lebensmittelliste Kriegsmus bisher nicht erhalten haben und hierfür Sirup wünschen, können, soweit der Vorrat reicht, auf diesen Abschnitt in den nachstehenden Geschäften 1 Pfund Sirup entnehmen: Gerhardt, Schönholzer Str. 9, Köchel, Berliner Str. 89, Köchel, Prenzlauer Promenade 180, Schwabe, Berliner Str. 53, Jähle, Mühlent. 30. Der Preis beträgt für 500 Gramm 35 Pf. Es wird hiermit besonders darauf hingewiesen, daß die Kaufleute und Händler nur gegen Abtrennung des Bezugs- und Nuttingsabschnitts 63 von der alten Lebensmittelliste die Ware an die Verbraucher abgeben dürfen.

Die Liste derjenigen Personen, welche für das Rechnungsjahr 1917 nach einem Jahreseinkommen von mehr als 420 Mark bis einschließlich 900 Mark veranlagt sind, liegt in der Zeit vom 27. Juli bis 9. August d. J. im hiesigen Steuerbureau, Wollankstraße 131, während der Dienststunden zur Einsicht öffentlich aus. Gegen die Veranlagung steht jedem Steuerpflichtigen vorbezeichnete Art binnen einer Ausnahmefrist von vier Wochen nach Ablauf der Auslegungfrist der Einspruch bei der Veranlagungskommission des Kreises Niederbarnim-West zu Berlin-Pantow, Weitestraße 37, zu. Später bei dieser Behörde oder bei dem Gemeindevorstand eingehende Anträge auf Ermäßigung bezw. Befreiung von der Steuer müssen zurückgewiesen werden.

Die hiesige öffentliche Rechtsauskunftsstelle befindet sich vom 30. d. Mts. ab bis zum 22. August im hiesigen Rathaus, Zimmer 40, zwei Treppen und ist geöffnet Montags, Mittwochs und Freitags, von 7-8 Uhr nachmittags.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Spandan. In der am 26. Juli stattgefundenen Sitzung der Versammlung des Wahlvereins gab der Ortskassierer Genosse M. Jahnke den Kassenbericht, aus dem zu entnehmen war, daß der Umfang der Mitgliedsbeiträge gegenüber dem vorigen Quartal erheblich zugenommen hat und der Verein, trotz der Gegenagitation der „Spartakusse“, gute Fortschritte macht. — Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zur Kreisgeneralversammlung“ entspannt sich eine recht lebhafte Debatte. Genosse M. Jahnke ist mit dem Kaiserbesuch nicht einverstanden und glaubt, daß die Regierung nicht alles tue, um eine Demotransformation Deutschlands durchzuführen. Genosse Stahl schildert in längeren Ausführungen die politische Situation und die Haltung der Reichstagsfraktion während der politischen Krise. Deutschland befinde sich heute mehr so in einem Verteidigungskriege und sei auch auf dem besten Wege, endlich die notwendigen inneren Reformen durchzuführen. Da durfte unsere Fraktion nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern müsse alles unternehmen, damit dem Volke endlich sein Recht werde. Jetzt sich eigenmächtig in die Ecke stellen, wäre unfaug und die Fraktion habe recht gehandelt, daß sie ihre Ver-

Führung zu der Besprechung entsandt habe. — Genosse Bod ist ebenfalls mit der Haltung der Fraktion einverstanden, glaubt jedoch, daß stärkster Widerstand gegen die Regierung am Platze sei. Die „Vorkämpfer“ nehmen er nicht tragisch, dieser Schritt sei im Interesse des Volkes notwendig gewesen. — In gleicher Weise sprechen sich die Genossen Pieper und R. Jahnke aus. Unter Punkt 3 der Tagesordnung: „Bericht von der Sitzung der städtischen Kriegskommission“ gibt der Vorsitzende das Antwortschreiben des Magistrats auf die in der letzten Versammlung angenommene Resolution bekannt. Stadtverordn. Pieper berichtet über die Besprechung unserer Resolution, die zwei Sitzungen in Anspruch genommen habe. Es soll alles versucht werden, um die Ernährung der Einwohnerschaft sicherzustellen und zu heffern. In der Kohlenfrage sei bisher nichts unversucht gelassen worden, eventuell soll südliches Waldgebiet abgeholzt werden und der Einwohnerschaft zu billigen Preisen abgegeben werden. Gegen die Mietsteigerungen liege sich nach Ansicht des Magistrats nicht viel tun, jedoch soll mit denjenigen Hausbesitzern, die Kriegsertrauen mit Mietsteigerungen bedachten, seitens des Magistrats Rücksprache genommen werden, damit dieselben rückgängig gemacht werden. Der Magistrat wünsche, daß sich diese Kriegsertrauen persönlich oder schriftlich melden. — Genosse Stahl teilt mit, daß er auf Einladung des Magistrats sich an Ort und Stelle über die Art der Gewährung der Unterstützung an Kriegsertrauen informiert habe. Bedauerlich sei, daß die organisierte Arbeiterkraft, insbesondere das Spandauer Gewerkschaftsbüro, sich um die Durchführung der Kriegsfürsorge, der Lebensmittelversorgung und anderer mit dem Kriege und der Ernährung zusammenhängender Fragen bisher wenig gekümmert und auch der Magistrat der Arbeiterkraft nicht den nötigen Einfluß zugesprochen habe, die Vertreter der Arbeiterkraft nicht zu derartigen Besprechungen und praktischen Arbeiten herangezogen habe. Dadurch sei viel Mühen entstanden. — Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten erfolgte Schluß der gut verlaufenen Versammlung.

Friedrichshagen. Das Mitteilungsblatt der „Unabhängigen“ vom 22. Juli bringt in einer 38 Seiten umfassenden „Notiz“, die von Unrichtigkeiten wimmelt, unter anderem einen Satz, der eine handgreifliche Unwahrheit darstellt. Es wird darin gesagt: „Nach einem Antrage des Genossen Jansson sollte die Seite, auf welcher sich die Mehrheit befindet, der alte Wahlverein heißen und alles Eigentum derselben in die Hände der Majorität übergeben.“ Der Antrag des Genossen Jansson lautete aber:

„Es soll durch Abstimmung festgestellt werden, wer zur sozialdemokratischen Partei und wer zur Arbeitergemeinschaft gehört.“ Weiter nichts. Alles andere sollte nach der Abstimmung erledigt werden. Der Vorschlag der „Unabhängigen“ machte aber jede weitere Verhandlung unmöglich und so mußte die Versammlung geschlossen werden.

Berichtszeitung.

Eine unbefangene Antwort auf eine delikate Frage hat für die verehelichte Rosine E. recht able Folgen gehabt. Sie war in einer Beleidigungsade als Zeugin vor das Schöffengericht O. n. m. geladen worden. Da sie keinen günstigen Eindruck machte, fragte der Vorsitzende sie, ob sie etwa mit Männern in uneludlichem Verkehr gestanden habe. Diese Frage, deren Beantwortung sie hätte ablehnen können, wozu sie sie allerdings indirekt bejaht hätte, wurde, hat sie der Wahrheit zuwider geantwortet. Das Schöffengericht D. o. r. m. und hat sie deshalb am 17. April des Jahres für schuldig befunden. Mit Rücksicht darauf, daß die Angabe der Wahrheit gegen sie eine Verfolgung wegen eines Vergehens zur Folge haben konnte, hat der Gerichtshof eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten festgesetzt. Die Revision der Angeklagten wurde vom Reichsgericht verworfen.

Der deutschfreundliche Russe. Ein eigenartiger Fallbestand lag der Anklage wegen Urkundenfälschung und Betruges zugrunde, die gegen den Dänubier Albert Kubitzki vor der 4. Ferienkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Kubitzki ist geborener Pole, also russischer Untertan, und wurde hier nach Kriegsausbruch im August 1914 als Soldat in das Gefangenlager zu Sabelberg gebracht, nach kurzer Zeit jedoch daraus wieder als unverdächtig entlassen. Seit seinem 14. Lebensjahr lebt er schon als Arbeiter in Deutschland und fühlt sich so vollkommen als Deutscher, daß er den Wunsch hegte, dem Deutschen Reich im Kriege zu helfen und in seinen Reihen zu kämpfen. Dieser Absicht stand jedoch seine Geburt als Ausländer entgegen, und so griff er schließlich zu ihrer Erfüllung zu einem Mittelweg, den er seinerzeit in Komet gefunden hatte und der auf den Namen eines Schlossers Stefan Szpniowski lautete. Unter Vorlegung dieses Papiers meldete er sich als Szpniowski als Freiwilliger zum Heeresdienst, kam jedoch auch jetzt noch nicht zum Ziele, da der in Betracht kommende Jahrgang landsturmpflichtig war und landsturm-

pflichtige Freiwillige damals im August noch nicht eingestellt wurden. Da er nun befürchtete, vielleicht abermals interessiert zu werden, meldete er sich jetzt mit dem Papiere als Szpniowski als Arbeiter an und wurde auch als solcher angenommen, um im November 1914 bei den Partitionsarbeiten einen so schweren Unfall zu erleiden, daß er bis August 1915 im Lazarett liegen und schließlich mit einer monatlichen Rente von 20,25 M. entlassen werden mußte. Während der ganzen Zeit galt er als Szpniowski und unterschrieb auch als solcher die monatlichen Quittungen. Wer weiß, wie lange er noch Szpniowski geblieben wäre, wenn er nicht eines Tages sonderbares Unglück gehabt hätte. Szpniowski, richtig Kubitzki, mußte im Mai 1916 wieder einmal zur Musterung gehen. Da er sich als Kubitzki und nicht als Szpniowski gemeldet hatte, da er sich noch ein Szpniowski mit den gleichen Personalien, und als man nun nachforschte, kam heraus, daß der eine von den beiden der Ruffe Kubitzki und der andere der richtige war, der den Papiere verloren, es aber doch endlich vorgezogen hatte, sich auf die öffentliche Aufforderung hin zu melden. Die Rente wurde nun sofort gesperrt und gegen Kubitzki die Anklage erhoben. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn 6 Monate Gefängnis, 500 M. Geldstrafe und sofortige Verhaftung. Rechtsanwalt Dr. Davidsohn dagegen plädierte in der Hauptsache auf Freisprechung. Da er nun einmal als Szpniowski eingestuft war und als dieser entlassen wurde, so sei er gezwungen gewesen, unter diesem Namen zu quittieren. Er habe nicht die Absicht und das Bewußtsein einer Fälschung gehabt, auch sich keinen solchen Namen beigelegt, um einen Vermögensvorteil zu erzielen, da er ja gar nicht vorher wissen konnte, daß er bestraft und eine Rente erhalten würde. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf Freisprechung, da auch eine Fälschung zum Zwecke des besseren Fortkommens, die etwa vorläge, verjährt sei.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Weidensee. Am Sonntag, den 24. Juli, veranfaßt der Jugendausflug eine Wandertour nach Weidensee. Treffpunkt morgens 8 Uhr am Antonplatz. — Am Dienstag, den 31. Juli, findet im Oelm., Charlottenburger Straße (Ede Taschstraße), ein Diskussionsabend statt.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutsche bis Sonntag mittags. Warm, etwas schwül, zeitweise heiler; jedoch vorwiegend wolfig, streichweise Gewitterregen.

Deutsches Theater. Heute und folg. Tage 8 Uhr: Max Paltenberg in **Der kleine Napoleon.** Kammerstücke.

Heute u. folg. Tage, letzte Woche 7 1/2 Uhr: **Die Tänzerin** mit Leopoldine Konstantin.

Mittwoch 7 1/2 Uhr zum 1. Male **Goldsche** (Lustspiel).

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Untergrund. Schönk. Tor. Heute und folg. Tage, letzte Woche, 7 1/2 Uhr: **Die Königin der Luft.** Mittwoch 7 1/2 Uhr zum 1. Male **Fahrende Musikanten** (Singspiel), Musik von Robert Schumann.

Lessing-Theater. Heute u. folg. Tage, letzte Woche, 7 1/2 Uhr: Marie Ottmann u. H. Waldmann in **Niobe** Oper v. O. Blumenthal. Musik v. Osk. Straus. Ab Mittwoch: **Die Königin der Luft.**

Theater i. d. Königsgräberstr. 8 Uhr: Künstlerische Tänze. „Frage an das Schicksal.“ „Abschiedsupper.“

Komödienhaus 8: Wie fesselt mich mein Mann?
Berliner Theater 7 1/2 Uhr: **Die tolle Komtesse.**

Walhalla-Theater. 7 1/2 Uhr: **Zigeuner.** Gartenbühne: Vorstellung.

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: **Die Stunde des Vertrauens.** — Gartenbühne: Berlin, wie es lieb und hat.

Palast Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2, 8. Steißel, A. Müller-Lincke, Gertr. Gräbner, B. Lehnhoff in **„Der Herr ohne Wohnung.“** Dazu: **Afra**, die Seltsame usw.

Berliner Prater-Theater. Kastanienallee 7-9. Zum 60. Male: **Alfa — famos!** Gr. Aufführung: Operettenstoffe in 8 Akten mit Gesang u. Tanz. Vorher: d. gr. Varietésprogramm. Singang 4 1/2 Uhr.

Voigt-Theater Badstr. 52. Badstr. 52. Täglich große Extravorstellung. **Die drei Grazien.** Vorher: Größtartigste Spezialitäten-Programm. Anf. moment. 4 1/2, Sonnt. 4 Uhr.

Reichshallen-Theater. Gastspiel der **Leipziger Seidel-Sänger.** Am 1. 8. Wiederbeginn d. Vorstellungen der Seidel-Sänger.

Theater für Sonnabend, den 28. Juli. **Deutsches Opernhaus** 7 1/2 Uhr: **Hoffmanns Erzählungen.**

Friedrich-Wilhelmst. Theater 7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

Geb. Herrfeld-Th. Operetten-Gastspiel 7 1/2 Uhr: **Die ledige Ehefrau.**

Kleines Theater 8 Uhr: **Im Bahnwärterhaus.**

Komische Oper 7 1/2 Uhr: **Die Dose Sr. Majestät.**

Lustspielhaus 7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels vom Lindenhof. Morgen 3 1/2 Uhr: **Heimat.**

Neues Operettenhaus Schiffbd. 4a. Kassent. Nd. 281 7 1/2 Uhr: **Der Soldat der Marie.**

NATIONAL-THEATER. Opernoper Straße 69. Nur noch 3 Tage. 7 1/2 Uhr: **Die Lieder des Musikanten.** Großer Erfolg! Ab 1. August bleibt das Theater wegen Vorbereitung der neuen, großen Ausstattungspoppe kurze Zeit geschlossen. Musik von Walter Bromme.

Reederei Gembl. Königl. 2062. **Kahnt & Hertzner** Jeden Sonntag ab **Waldenbrücke** 8 Uhr: **Teupitz (Tornows Idyll)** für u. Kinder 1,50. 8 1/2 u. 2 Uhr: **Krampeburg** für u. Kinder 1,50 M. 80 Pf.

Zirkus A. Schumann Bahnhof Friedrichstraße. Anfang 8 Uhr. Raucher gest. Kühl. Aufenth. Das **Zirkus-Variete** Programm u. Luis. Sohn, Berta Steinert Peppos phänom. Dressur-Akt E. Kogelpartio zu Pferde. Dir. Schumanns Meisterdress. Parforce-Schnitzel-jagd.

Halali Sonntag 7 1/2, und 8 Uhr. Nachm. 1 Kind frei sowie Gratis-Pony-Reit. 1 Kind.

Admirals-Palast. **Abrahadabra** gr. phantastisches Ballett auf dem Eis. Angenohm. kühl. Aufenth. 7 1/2 u. Vorzügl. Küche.

Spezial-Arzt Dr. med. Hasche, Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbad. Gebänd. von Zypylis. Haut-, Gorn-, Frauenleiden, bez. chron. Niere, Eitrige Gicht, Rheum., Gicht, ärztliche Behandlung ohne Berufshörung. Blutunterstützung. Wäg. Vertrie. Teilzahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1. Für Ostpreußen luge Bettelien, Kleider-schranke, Veritas, Zofas, Federbetten. Weinstock, Neukölln, Knesebeckstraße 36. Telef. -Anschluß 2126.

Metropol-Theater 7 1/2 Uhr: **Die Czardasfürstin.**

Residenz-Theater 8 Uhr: **Die Verhüllte.**

Schiller-Theater O 7 1/2 Uhr: **Der Niegende Holländer**

Schiller-Th. Charl. 7 1/2 Uhr: **Alt-Heidelberg.**

Thalia-Theater 7 1/2 Uhr: **Sonnwendzauber.**

Theater am Nollendorfplatz 7 1/2 Uhr: **Die Gulaschkanone.**

Theater des Westens 7 1/2 Uhr: **Stolze Thea.** Morg. 3 1/2: **Raub d. Sabinerinn.**

Trianon-Theater Die stittliche Forderung. Die Lore.

Jetzt ausgek., zum Teil in 6 Wochen wieder frisches Gemüse! Verbindlich bis 8. August, soweit die Bestände es noch hergeben.



Speiserüben, Herbstrüben, Stoppelrüben, Stielmus 1/2 Pfund Samen 45 Pf.
Spinat — Schnittsalat — Gemüsepetersilie — Radis — Rettich — Gartenkresse — Kopfsalat — Dill — Endivien — Krauskohl — Rapsanzel — Sonnenblumen — Tabak, um selbst Tabak zu ziehen — Mairüben — Rhabarber — Schwarzwurzel — Weißkraut — Korb — Zichoriansalat — Pastinaken — Landgurken — Sellerie — Wirsing — Rosenkohl — Kohlrabi — Blumenkohl — Rote Rüben — Speisekürbis — Kohlrüben — Gurkenkraut — Bohnenkraut — Petersilienwurzel — Tomaten — Kummel — Zuckerrüben zum Saftkochen. Von einer Sorte 1 Paket Salat 25 Pf. 100 Pakete M. 28. — 1000 Pakete M. 210. — Hornspähne Paket 20 Pf. — Wetzsteine 25 Pf. — Champignonbrut. Blumen-gärtneren Petersalim-Ernt. Lieferanten für So. Maj. den Deutschen Kaiser. Hauptkatalog umsonst.

Spezialarzt Dr. med. Coleman, 1. Geschlechtskrankh., Haut-, Horn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Blinderkrankh. (Dauer 12 Tage). Behandl. schnell, sicher, schmerzlos ohne Berufsstörung in Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. f. Blutunters., Fäden im Harn usw. Friedrichstr. 81, Panoptik Königstr. 34-36. Ecke Neuo. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1. Honorar mäßig, a. Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfus, Friedrichstr. 123 (Oranienb. T.), f. Syphilis, Horn- u. Frauenleiden, Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 T.). Blutunterstützung. Schnelle, sichere Schmerzl. Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung: 221-90. Sprechstund.: 11-1 u. 6-8.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfus, Friedrichstr. 123 (Oranienb. T.), f. Syphilis, Horn- u. Frauenleiden, Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 T.). Blutunterstützung. Schnelle, sichere Schmerzl. Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung: 221-90. Sprechstund.: 11-1 u. 6-8.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfus, Friedrichstr. 123 (Oranienb. T.), f. Syphilis, Horn- u. Frauenleiden, Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 T.). Blutunterstützung. Schnelle, sichere Schmerzl. Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung: 221-90. Sprechstund.: 11-1 u. 6-8.

Kennen Sie die Wohltat einer Leibbinde? Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maß anfertigen, sowie aller Art **Bruchbandagen** aller Art. **Artikel: Gesundheits- und Krankenpflege.** **Pollmann, Bandagist,** Berlin N., Lohringer Str. 60. Lieferant für Krankenkass.

Bekanntmachung. Gemäß § 3 der Verordnung vom 3. Juli 1916 betreffend Regelung des Verkehrs und Absatzes von Kartoffeln wird hiermit für Berlin folgendes bestimmt:

I. In der Woche vom 30. Juli bis 5. August 1917 dürfen auf die 6 schraffierten Adressen 06a bis 06e der Kartoffelkarte je 1/2 Pfund Kartoffeln, zusammen also höchstens 3 Pfund Kartoffeln abgegeben und einmündlich werden.

II. Als Ersatz für die verfallenen 2 Pfund Kartoffeln soll auf die 4 weißen Adressen 06d und 06e in der gleichen Woche bei einem Berliner Wäcker oder bei einer sonstigen Verkaufsstelle in Berlin unter gleichzeitiger Vorlegung einer Berliner Lebensmittelkarte Gebäd entnommen werden dürfen, und zwar 100 Gramm Gebäd auf jeden Adressant, zusammen also höchstens 400 Gramm Gebäd.

Es bleibt jedoch vorbehalten, die verfallenen Adressen auch auf die Adressen 06d je ein weiteres halbes Pfund Kartoffeln, also ein vieres Pfund Kartoffeln anstatt des Gebäd von Freitag, den 3. August 1917, ab zur Verteilung zu bringen und dies dann besonders bekannt zu geben.

III. Auf die Kartoffelabgabestellen dürfen 2 Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden. Eine Angabe von Gebäd an Grund der Kartoffelabgabestellen findet nicht statt.

IV. Wäckermeister sind berechtigt, auf jeden Adressant ihrer Kartoffelkarte 1/2 Pfund Kartoffeln, nicht aber Gebäd zu entnehmen.

V. Summervorhandlungen gegen diese Bestimmungen sind nach Maßgabe der angelegenen Verordnung strafbar. Berlin, den 27. Juli 1917.

Magistrat der Königl. Haupt- und Residenzstadt. P.-Nr. 954 Kart. 17. **Wermuth.**

Berliner Landpacht-Genossenschaft eingetragene Genossenschaft m. beschränkter Haftung Bilanz für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 1916

Aktiva:	Passiva:
Stationen 2317.—	Vorzugh. d. Kolonien 5024.97
Immater. 589.—	Sparrkonto 22215.24
Restanten d. Kolonien 4098.55	Stadtkonto 1023.05
Darlehen 1519.45	Konten 6060.—
Schulden 5769.41	„ vorausbezahlt, noch nicht gemeldet 140.—
Kaufh. d. d. Dresd. St. 20843.82	Kriegsunterstützungsk. 62.—
Kassenbestand 91.78	Referenzfonds 1661.35
Verlust 692.—	
	80061.01

Mitglieder-Bewegung: Mitgliederbestand am 31. Dez. 1915 411 Genossen. Neu eingetret. 167 „ 578 Genossen. Aufgegebene u. ausgegebene Anteile 10 „ 10. Mitgliederbestand am 31. Dezember 1916 588. Das Geschäftsjahr d. Gen. betrug am 31. Dez. 1915 4390 M. (für 608 Genossen mit je 1 Anteil 5980.—) weitere Anteile bis 31. Dez. 1915 230.— „ neu hinzugekommen 3 „ 30.— mithin mehr 1000.— M. Die Gesamtsumme der Genossen betrug am 31. Dez. 1915 8690 M. am 31. Dez. 1916 11960 „ mithin mehr: 3270 M. Zum Bestand der 31. Dezember 1916 5000.— M. kommen hinzu: aufgegebene, aber noch nicht ausgegebene Anteile 13 = 130.— M. 275 Bestand: 6000.— M.

Berliner Landpacht-Genossenschaft eingetragene Genossenschaft m. beschränkter Haftung. Der Vorstand: Wilhelm Both, Fritz Wils.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süd

Fleisch- u. Wurstwaren Paul Müller, Priesenstr. 22. Mehlhdlg., Kolonialw. Joh. Pietsch, Gneisenaustr. 97. A. Schloinitz, Mariannenstr. 14. Uhren, Goldwaren u. s. w. Penke, Kottbus-Dammstr. 10. Streng reell, anerkannt bill.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-West

Gelogenhaltige Süßwaren Plataner, Alt-Moab. 116.5. **Otto Gaeger**, Kolonialw., Mehlhdlg., Kolonialw. u. s. w. Wilmersd. Str. 81. **Novawes** A. Kieper, Friedrichstr. 28. Damen-, Kinder-Konfektion. **Spandauer** Paul Gaeger Mehl und Mehlwaren, Schönwalderstr. 1914, Pichlerstr. 15. Haus- und Küchengeräte Hermann Finck, Köpenick, Schönwalderstr. 87. A. Markgraf, Hildesheimerstr. 11. Kolonialw., Mehlhdlg., Kolonialw. u. s. w. Ad. Torow, Markth. 10, Lager 188.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsbüro Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Leitung der Gärler

Hermann Leysky Kassenentwurf 40 am 25. Juli gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Juli, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes in Buch aus statt. Seine Beerdigung wird erwartet. 179/11

Nachruf. Den Mitgliedern jener zur Nachricht, daß unter Leitung der Gärler

Richard Schenk Weinmeisterstraße 4 am 28. Juli gestorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Erbsverwaltung.

In treuer Gärlerführung für unser Vaterland bei am 16. Juli, vorm. 10 Uhr, unter liebevoller Leitung von Herrn und Frau, der Unteroffizier 1189

Wilhelm Prüfert Ord. d. St. Kreuzes II. Kl. in noch nicht vollendetem 41. Lebensjahre. Die Beerdigung erfolgt am 17. Juli am 17. Juli auf dem Soldaten-Friedhof in Gumbertstr.

Unser Freude, unter Etwa nach Du, nun bedi Dich fremde Gede zu. Ruhe sanft! Du bleibst uns unvergessen.

Gamille Prüfert, Neuland, Venustr. 27/28.

Deutscher Bauarbeitsverband. Zweigverein Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Leitung der Gärler

Friedrich Fürch am Willmoth, den 25. Juli, im Alter von 47 Jahren an Pleuritis gestorben ist. Seine Beerdigung findet am Sonntag, den 30. Juli, nachmittags 8 Uhr, auf dem hiesigen Friedhof in Warschau statt. 146/11. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Westmann's Trauermagazin Größte Auswahl. Billigste Preise. L. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden). L. W. Frankfurter Str. 116 (nahe Andreasstr.). Auswahlgänge sofort. Am Sonntag 1900. Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

Natürliche Uhren.

Wer die erste mechanisch betriebene Uhr erfand und wann dies geschah, weiß man nicht. Die erste Naderuhr, von der wir wissen, erhielt Kaiser Friedrich II. vom Sultan Saladin zum Geschenk; infolgedessen hält man die Sarazenen für die Erfinder. Schon seit dem 11. Jahrhundert sollen auch verschiedene Nader Uhren mit Gewichten und Naderwerk besessen haben; im Übrigen war man auf die Beobachtung natürlicher Zeichen angewiesen. Wer die genauere Zeit wissen wollte, sah wohl einmal nach den Uhren, deren es in der Hauptsache zwei gab, die beide mehr „natürlich“ als Kunstwerk waren. Naden an der Kirche gab es eine Sonnenuhr, und in der Kirche hatte der Pfarrer zwei, drei Sanduhren auf der Kanzel, nach denen er sich mit der Länge seiner Predigt, seiner Gebete und Liturgie richtete. Beide Uhren waren unbedingt zuverlässig; die Sonnenuhr gibt mit untrüglicher Sicherheit die Zeit, die Sanduhr in erster Linie ein bestimmtes Zeitmaß genau an; Voraussetzung dabei ist natürlich, daß man sie von vornherein richtig einstellt. Freilich haben alle Sonnenuhren den Mangel, daß man die Zeit nur dann von ihnen ablesen kann, wenn die Sonne scheint, also vor allem nicht bei Nacht. Anfangs zählte man dabei in einigen Ländern nur die Stunden von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang. Weil nun die Sonne im Sommer viel mehr Stunden scheint, als im Winter, mußten die Japaner, die immer noch an ihren Gewohnheiten aus dem Zeitalter der Sonnenuhren festhalten, ihre Uhren alljährlich mehrere Male entsprechend der Jahreszeit umstellen, wie wir neuerdings am Anfang und Ende der „Sommerzeit“. Gewissermaßen als Ergänzung der Sonnenuhren schloß vor einiger Zeit ein Astronom eine eigenartige Beobachtung auf. Er stellte sein Fernrohr so ein, daß der Mond durch dasselbe in dem Zeitpunkt, der für seine Beobachtung am günstigsten war, auf eine Selenzelle schien. Mit der Selenzelle waren eine elektrische Batterie und eine elektrische Alarmglocke verbunden, und Nachtwächter Mond rief denn auch wirklich den Gelehrten pünktlich zu dem erwarteten Stellenbein. Ein Gegenstück zu den Sanduhren bildeten die früher ebenfalls häufig benutzten Wasseruhren. Eine besonders kunstvolle Wasseruhr wurde schon Karl dem Großen von Paris als Geschenk gemacht. Die Wasseruhren spielten besonders im römischen Gerichtsverfahren eine Rolle. Ein Drittel der Zeit war dem Kläger, das zweite dem Beklagten, das letzte dem Richter zugebilligt; ein Dramer mußte nun immer den Ablauf des Wassers überwachen und, wenn einer dieser Zeitabstände vorüber war, kündete er es mit einem kurzen Schläge an. Im gewöhnlichen Leben rechnete man früher natürlich längst nicht so genau mit der Minute wie jetzt. Da genügt es auch, daß der Bauer einen „Morgen“ nannte, was er an einem Morgen, von früh bis Mittag, mit einem Ochsen oder Pfluge oder daß er die Länge seiner Ackerfurche danach bemess, wie lange ein Rabe auf dem Galgen oder auf der Kuh essen möge.“ Häufig machte man auch Zeitangaben in der Weile, wie viele Weifen man inzwischent rauchte oder wie lange man mit einem Brote reichte. . . . Neuere Naturforscher haben sich ihre Erfahrungen in eigenartiger Weise zunutze gemacht. Vins hat eine Blumenuhr, andere haben Vogeluhren zusammengestellt, je nachdem wie die Vogelwelt und die Blumen nacheinander erwachen oder schlafen gehen; eine Blumenuhr in Gestalt eines rötlichen Teppichbeetes war noch zuletzt auf der Weltausstellung in St. Louis zu sehen; das kreisrunde Blumenbeet, das als Rifferblatt diente, hatte einen Durchmesser von 38 Metern, darüber drehte sich (mit mechanischem Antrieb) ein 18 Meter langer Zeiger. Zu den zuverlässigsten Uhren, über die wir verfügen, könnte man einige besondere Naturerscheinungen zählen, die Jahr für Jahr durch Jahrhunderte und Jahrtausende mit unbeeinträchtigter Pünktlichkeit wiederkehren. In einigen Alpenalpen kann man z. B. zur Hochsommerzeit die Sonne mehrere Male an demselben Abend untergehen sehen; nachdem sie hinter dem einen Berggipfel untergetaucht ist, erscheint sie nicht weit davon entfernt wieder und geht dann auch noch hinter einem zweiten und wohl gar dritten unter. Wer im Frühjahr oder Herbst in Neapel weilte, kann an einigen März- und Oktoberabenden die Sonne sogar durch einen Berg hindurch, in der Richtung der drei schmürgeraden Tunnel, die den Monte Vesuvius durchziehen, untergehen sehen, ein Schauspiel, das immer eine außerordentlich zahlreiche schaulustige Menge von nah und fern anlockt. Und ebenso wird es kein Leipziger vermissen, wenigstens einmal im August nach der Höhe, auf der vor 100 Jahren die Bälgerkugel tobte, hinauszugehen, um die Sonne hinter dem Broden untergehen zu sehen; das ist der einzige Tag, an dem man von Leipzig aus diesen fernen Gipfel überhaupt wahrnehmen kann.

Der Balkan als Fischereiparadies.

Fast jedes Land der Balkanhalbinsel birgt in seinen Flußläufen und Seen eine erstaunliche Mannigfaltigkeit von Fischen, die zu den

erlesensten Arten gehören. Sogar in Bezug auf Kaviar könnte sich Mitteleuropa von Russland unabhängig machen, wenn es den Fischfang der Donaumündung in Rumänien für sich ausnützte. Außerdem gibt es der Wale und Welse im Ueberflusse, worauf schon früher eine ansehnliche Ausfuhr begründet worden ist. In einer Uebersicht der „Allgemeinen Fischerei-Zeitung“ werden auch die Donaularpsen besonders hervorgehoben, die sich auch weiter oberhalb finden, wo der Strom die Grenze zwischen Bulgarien und Rumänien bildet. Die übrigen Flüsse Bulgariens sind besonders ergiebig an Welsen, die Gebirgsflüsse auch an Forellen. Ebenso günstig sind die Verhältnisse für die Fischerei in Serbien und Montenegro. Der große Sturiazee hat noch einen besonderen kleinen Fisch, der dem Hering gleicht und in unerhöflichem Maße vorhanden zu sein scheint, Griechenland ist dagegen in seinen Flüssen gewöhnlich reich an Fisch. Am so wichtiger wird für dieses Land die Seefischerei, die selbstverständlich auch an den anderen Küsten der Balkanhalbinsel große Erträge zu bringen vermag. Eine besondere Hervorhebung verdienen ferner noch die Gewässer Kleinasiens; die noch weniger als die der Balkanländer amährnder ihrer Bedeutung entsprechend ausgenutzt werden, zumal die Türken überhaupt nicht gern Fische essen oder allenfalls einen Geruch wählen. Die Küsten Kleinasiens könnten außerdem reichlich Sardellen, auch Thun- und Schwertfische auf den mitteleuropäischen Markt bringen.

Ein vergessener Süßstoff.

In einer Zeit, in der das Saccharin in alle Haushaltungen und in viele Industriezweige Eingang gefunden hat, mag auch von einem anderen, viel älteren Süßstoff die Rede sein, der in mancher Hinsicht mehr Beachtung verdient, als ihm im Allgemeinen gesollt wird. Schon seit Alters her kennt man den auffallend süßen Geschmack der Süßholzwurzel. Kein Geringeres als der weltbekannte Pharmakologe der Verner Universität Prof. Lischitz hat darauf verwiesen, daß das Süßholz gerade in der Kriegszeit besser ausgenutzt werden sollte und der Moskauer Gelehrte Geheimrat Kobbert hat sich eingehend in der Deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft damit beschäftigt. Danach finden sich in den Berichten Mitteilungen der Gesellschaft über die „Rafine“ (Glycyrrhiza). Unter den Bestandteilen der Wurzel treten vier süssschmeckende hervor, nämlich Rohrzucker, Traubenzucker, Mannit und besonders das Glycyrrhizin, das 5 bis 7 Prozent der Droge ausmacht. Es ist nicht abzustreiten, daß bisher die russischen Marmeladen vornehmlicher und nachhaltiger schmecken als die besten deutschen Nachahmungen. Nun ist es eine allerdings nicht öffentlich bekanntgegebene Tatsache, daß von den größeren Fabrikanten eine kleine Menge Süßholzauszug zugefügt wird. In mehreren Gouvernements lösen auch die Hausfrauen ihre nur für den eigenen Gebrauch bestimmten Fruchtstücke mit diesem Saft ein. Es ist sehr wohl denkbar, daß der sehr nachhaltige süße Geschmack der Glycyrrhizinsäure und ihrer Salze den Geschmack der Marmeladen und Fruchtstücke vornehmlicher macht. Auch das Geheimnis des englischen Porters weiß Kobbert aufzuklären. In Astrachan gibt es zwei große englische Fabriken, die das dortige Süßholz in eine ausschließlich als Vorzugszug dienende Herstellung nach geheimerhaltenem Rezept umwandeln. Dies Geheimnis dürfte hauptsächlich darin bestehen, daß man die den unangenehmen bitteren Geschmack bedingende Rinde nicht vollständig mit verarbeitet. Amerikanischer Kautabak wird von den Wärrissen, der die Weltmeere befahrenden Schiffe allen andern Kautabaksorten vorgezogen, weil eine anglo-amerikanische Firma jährlich aus der Türkei, besonders aus Syrien und Mesopotamien, ganz außerordentliche Mengen von Glycyrrhiza glabra nach den Unionstaaten einführt. Die über Aleppo dortigen Mengen betragen bisher jährlich im Durchschnitt 8000 Tonnen, die über Bagdad 6000 Tonnen, die über Antiochia 4000 Tonnen und die über Damaskus 500 Tonnen. Die Hauptmenge dieses Süßholzes wird in den Vereinigten Staaten zu Kautabak verarbeitet. Unter dem Namen Cocod versteht man in Frankreich ein aus im kleinsten Dorfe künstlich Pulver, das in kleinen Mengen unter gewöhnliches oder auch solenlaures Wasser gerührt, allen dem Alkohol abholden Personen ein wohlschmeckendes, durstlöschendes Getränk liefert. Dieses Cocopulver besteht nun zum größten Teil aus mit Nisöl parfümierter Rafine. Also auch für Brauselimonade und Speiseeis wäre Süßholz brauchbar.

Alkoholisierter Meerschweinchen.

Zur Erforschung der schädlichen Folgen des Alkoholenusses wurden vielfach Tierversuche gemacht, so suchte bereits im Jahre 1910 der amerikanische Embryologe Ch. R. Stodard abnorme junge Fische durch Zusatz von 8-9 Proz. Alkohol zu dem Seewasser zu erzielen, in welchem sich die Eier entwickelten. Tatsächlich zeigten in einigen

Fällen fast alle Embryonen Mängel an Verdauungssystem und Sinnesorganen, die bei den Jungen oft bis zu völliger Blindheit gediehen waren. Die neuesten Forschungsergebnisse aber wurden, wie der „Naturwissenschaften“ zu entnehmen ist, durch fortgesetzte Gaben von Alkohol an Meerfischweibchen erzielt, indem man die Folgen bei den Nachkommen dieser Meerfischweibchen genau beobachten konnte. Es wurden nur fräftige, gesunde Meerfischweibchen benützt, und zwar aus zwei verschiedenen Zuchten, die stets normale Junge geliefert hatten. Die Alkoholisierung nahm man vor, indem man die Meerfischweibchen zu vier oder fünf in einem geschlossenen Behälter auf ein Drahtnetz brachte, unter dem sich die mit Alkohol befeuchtete Watte befand. Sechsmal in der Woche wurden die Tiere jedesmal eine Stunde lang dem Alkoholdunst ausgesetzt, was anfangs die Schleimhaut der Kiemorgane stark reizte, doch schließlich gewöhnten sich die Meerfischweibchen daran. An den Augen aber wurden Hornhaut und Linse erst trübe, dann in einigen Fällen wieder klar, während in anderen dauernde Blindheit eintrat. Andere Schädigungen zeigten sich nicht, die Tiere trugen gut und wurden sogar fett.

Erst wenn man die Versuchstiere sich mit normalen oder alkoholisierteren Tieren paaren ließ, zeigte sich an den Nachkommen, in welchem Maße die Keimzellen der Eltern gelitten hatten. Es wurden 90 Paarungen von normalen Weibchen mit alkoholisierteren Männchen vorgenommen. Man erzielte nur 48 lebende Junge im Gegenstaz zu 73 Proz. bei nicht alkoholisierteren Eltern. 11 Proz. Totgeborene gegen 2 Proz. bei normalen Eltern, und von den lebenden Jungen starben bereits nach kurzer Zeit 48 Proz. gegen 14 Proz. bei gewöhnlichen Vorbedingungen. Wenn bei den Eltern beide Partner alkoholisierter waren, kamen nur 41 Proz. der Jungen lebend zur Welt, von denen die Hälfte nach kurzer Zeit starb. Es wurden dann weitere Paarungen in der zweiten und dritten Generation veranlaßt, und es stellte sich heraus, daß die Schäden immer größer wurden, die jüngste Generation scheint überhaupt unfruchtbar zu sein. Wie bei den Fischen, schädigte der Alkohol hauptsächlich das Verdauungssystem und die Sinnesorgane, besonders die Augen entarteten bis zum völligen Schwund des einen oder beider. Auch Entartungen der Weine werden oft durch den Alkohol hervorgerufen.

Notizen.

Die Stadt ohne Rauch. Die Forschungen der letzten Jahre haben so eindrucklich vor Augen geführt, wie vielfache Schäden Rauch und Staub betreiben, daß man immer nachdrücklicher darauf hinarbeitet, die Rauch- und Rußentwicklung zu vermindern und nach Möglichkeit ganz zu vermeiden. Als Idealzustand in dieser Beziehung muß die Verwendung elektrischer Energie an Stelle von Kohle, Holz und Gas gelten, deren allgemeine Einführung vorderhand allerdings noch an der Kostenfrage scheitert. Immerhin gibt es bereits ein Städtchen, das dieses Ideal verwirklicht hat, die Gartenstadt Dumbrod in der Nähe von Glasgow (Schottland). Schon rein äußerlich tut sich die Besonderheit des Ortes durch das völlige Fehlen von Schornsteinen auf den Hausdächern kund. Und eine nähere Untersuchung zeigt, daß jedes der Häuser — es handelt sich um Einfamilienhäuser mit durchschnittlich sechs Zimmern — nicht nur elektrische Beleuchtung und elektrische Küche, sondern auch elektrische Heizung besitzt. Die Elektrifizierung des ganzen Städtchens bedingt ziemlich beträchtliche in den Haushaltungen wie in der Verwaltung, da alle Reinigungsarbeiten wesentlich leichter zu leisten sind und viele Vorrichtungen mit Hilfe der Elektrizität von den Familienmitgliedern selbst erledigt werden können.

Das älteste Kriegsbrod. Das „Journal des Débats“ will festgestellt haben, daß die Idee des Kriegsbrotes höchstwahrscheinlich in die Zeit des Propheten Eschiel zurückreicht. Im Kapitel 4, Vers 1 verländert der Prophet den Untergrund Jerusalems, und, um das Elend zu schildern, das dann über den Einwohner der Stadt lasten würde, führt er folgendes aus: „Ihr werdet Weizen, Gerste, Bohnen und Haser nehmen. Ihr werdet all dies zusammenmischen, vermengen und daraus Euer Brod kochen.“ Zu Beginn des 13. Jahrhunderts erklärte der gelehrte Kommentator und Grammatiker David Kimchi diese Stelle mit den Worten: „Der Prophet macht damit die ungehorsamen Kinder Israels darauf aufmerksam, daß sie während der Belagerung Jerusalems ihr Brod nicht mehr wie üblich aus reinem Getreidemehl würden kochen können, sondern daß sie allerlei Körner und Gemise, die nicht zur Herstellung von Mehl gebraucht werden, würden beimengen müssen, um der äußersten Not zu entgehen.“ Wenn diese Erklärung der Wahrheit entspricht, wäre tatsächlich, so meint „Journal des Débats“, der Prophet Eschiel als der Erfinder des heute so vorkommlichen Kriegsbrotes zu betrachten, andernfalls wäre die Erfindung dem Kommentator zuzuschreiben, wobei sie noch immer das ehrwürdige Alter von 700 Jahren hätte.

Anders Hjarnsted.

Von Jakob Knudsen.

In dem Ton, worin diese Worte gesagt wurden, war etwas, das Anders fühlen ließ, daß er gewiß trotz alledem gestieg habe. — Der Alte stand auf der Treppe einen Augenblick still und sah seinen Sohn an. Indem er dann zur Tür hineinging, wendete er sich halb um und sagte: „Ich will Dich nicht zu Hause haben. Du kannst wegkommen, wann Du Lust hast.“

Anders brachte die Pferde in den Stall. Dann ging er hinein zum Abendessen.

Der Vater sah am Ende des Tisches und sagte nichts während der Mahlzeit. Auch die Mutter und Kirstine waren da, verhielten sich aber gleichfalls stumm. Trotzdem konnte Anders ihnen wohl ansehen, daß der Vater ihnen von dem Geschehenen nichts mitgeteilt hatte.

Anders war sehr bedrückt. Sein Inneres war in solchem Grade gewirrt und kampfbereit, daß es beinahe unerträglich war, in dieser Stimmung friedlich dazusitzen und Milch und Gröhe zu verzehren. — Und dann konnte er sich auch nicht gegen ein gewisses Gefühl von Scham wehren, — indem er seinen Vater überwinden sah; denn obwohl seine Gedanken ihm beständig einen künftigen Kampf vorkaufelten, war für sein Gefühl der Sieg endgültig gewonnen.

Nach Tisch machte Per Hjarnsted einen Gang in seine Kammer, wie er's gewöhnlich tat.

„Ach, was ist denn nur?“ fragte die Mutter sofort.

„Ich will nicht länger dabeim bleiben. Das hab ich Vater gesagt.“

„Aber er will Dich gehen lassen?“

„Ja.“

„Es ist auch wirklich so das Beste. Das war nicht schön, so wie es ging.“

„Ich bin gar nicht froh darüber, daß Du reist, Anders!“ sagte seine Schwester mit verhaltenem Schluchzen. Sie stand am Tische und schaute nieder. Die schwarzen Pupillen bewegten sich so unruhig unter dem Rande der Augenlider, und ihre Oberlippe kräufelte sich mehr als gewöhnlich.

„Ja, es ist auch sehr schade für Dich, liebe Kirstine.“ sagte die Mutter — und klopfte ihr die Wange, — gewisser-

maßen plump und doch so anmutig, so rührend natürlich. „Ich kann euch ja nicht vor ihm schützen, wenn ich auch wohl seh, daß er zu hart gegen euch ist.“

Es herrschte längeres Schweigen.

Dann kam der Alte aus der Kammer herein. Er trug eine gelbe Lederjacke, gelbe Lederunterhosen und Socken. Er passierte die Wohnstube bloß auf dem Wege zur Schlafkammer.

„Ja, Du kannst reisen, wann Du willst, Anders. Aber Geld bekommst Du keins. — Wir wollen jetzt zu Bett gehn, Margrethe.“ sagte er mit einem Blick auf seine Frau hin.

„Ja, es ist wohl an der Zeit.“ sagte sie und ging aus der Stube, ohne Gutenacht zu sagen, doch das sagten die Mitglieder der Familie einander nie hier auf dem Hof.

Die beiden Geschwister sahen noch eine Weile beifammen und schwayten. Kirstine meinte, er solle erst zum Onkel Hans hinüber und dann seine Zeit in des Königs Diensten abmachen. — Ja, und wenn er dann einen Hof bekommen könnte, sagte Anders, so solle Kirstine zu ihm hinüberziehen und ihm die Wirtschaft führen.

„Ich kann doch unsere Mutter nicht allein zu Hause bei Vater lassen.“ war ihre Antwort. „Das war doch zu seltsam.“

„Ja, das war es wohl auch.“ räumte Anders ein. — Am nächsten Morgen stand Anders in Reifekleidung in der Tür zu seines Vaters Kammer.

„Ich geh zur Aushebung ums Jahr, und in der Zwischenzeit werd ich in Dienst treten.“ sagte er, genau so, wie wenn er sonst Rapport über die Arbeit auf dem Hofe ablegte.

„Kommst Du, um Dir Geld zu holen?“ fragte der Alte, der am Tische saß und dem Sohn den Rücken zuehrte.

„Nein.“

„Du kannst Dich ja doch wohl nicht ohne das durchfinden?“

„Ich kann mich gewiß jetzt ebenso gut ohne eure Hilfe zurechtfinden, wie Ihr in ein paar Jahren ohne die meine fertig werden könnt.“

„Im. — Du kannst ja schreiben, wenn Du in Not bist.“

„Ich dank auch!“ sagte Anders, und im Klang seiner Stimme war ein Leben. — Dann vergingen ein paar Minuten, während Anders so da stand.

„Ja, dann will ich Euch Lebewohl sagen!“ sagte er endlich.

„Lebewohl, Anders!“ Der Alte drehte sich halb im Stuhle um, doch nicht soweit, daß sein Blick dem des Sohnes begegnet wäre.

Anders öffnete die Tür — und schloß sie hinter sich ganz leise. Sodann ging er hinein, um von Mutter und Schwester Abschied zu nehmen.

Als Anders ein paar Tage bei seinem Onkel Hans gewesen war, kam ein Brief von Per Hjarnsted an diesen mit einer Anweisung über 500 Reichstaler. Er bat Hans, dem Anders zu sagen, daß sein Vater meine, es sei besser, Handel zu treiben, bis er Soldat würde, als geradezu Knecht zu sein. Dabel lerne er mehr. Anders befolgte die Anforderung und verdiente in dem nächsten Jahr durch Meßhandel an die 400 Reichstaler netto, was für einen Anfänger nicht eben schlecht zu nennen war. Aber die Beschäftigung sagte ihm nicht recht zu. Im Herbst ging er dann zur Ausmusterung.

Dank des alten Per Hjarnsted Beschreibung von Welt und Menschen, die Anders als Kind empfangen hatte, war es kaum möglich, daß ihm eine Ungerechtigkei oder Nichtswürdigkeit drauhen unter Fremden noch überraschte. Was die Offiziere in Alborg anging, so begte er nicht den geringsten Zweifel, daß sie Verbrecher seien, einer wie der andere. Doch es war sein fester Entschluß, ihre Bosheit ohne Murren zu ertragen, — und im übrigen seine Pflicht zu tun. Sein Vater hatte ihm nämlich — gerade im Hinblick auf den Militärdienst — vor ein paar Jahren ausführlich auseinandergesetzt, daß das militärische Gericht womöglich noch ungerechter wäre als das Obergericht und der höchste Gerichtshof. Und während man nie im voraus wissen könne, von welcher der Parteien diese höheren bürgerlichen Instanzen sich bestechen lassen würden, könne man dagegen stets sicher sein, daß das Militärgericht die Offiziere freisprechen werde. Sich selbst Recht zu verschaffen, ging auch nicht an in des Königs Diensten: so wie es sich doch zuweilen in bürgerlichen Leben machen ließ. Denn die Offiziere waren untereinander zu einig. Das Militär hing zusammen wie Erbsenstroh: da war das, was Disziplin hieß, und davor war man gezwungen, sich zu beugen.

(Fortf. folgt.)

